

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,80 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beitrag für die feinsten Balken...

Telegraphische Adresse:
Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 24. März 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verlustreiche Vorstöße der Russen bei Jakobstadt.

Kriegswirtschaft und Steuern.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

In der alle Kräfte der Nation aufs äußerste angefordert werden müssen, um die Schäden des Krieges wieder gut zu machen...

Die Aufgabe, die der Steuertechnik durch diese Forderung der Erfassung des Konsumtionsfonds der Kapitalisten gestellt wird, ist natürlich keineswegs leicht...

Amlich. Großes Hauptquartier, den 23. März 1916. (W. L. B.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Der Erfolg beim Walde von Avocourt wurde durch Zubeistimmung der französischen Stützpunkte auf den Höhen...

So bieten sich unserer Fraktion noch zahlreiche schwerwiegende Probleme der Steuertechnik; unerrückt aber wird sie an dem Grundsatz festhalten, daß für Zwecke unproduktiven Konsums niemals Steuern bewilligt werden dürfen...

Trotzdem lassen sich aber doch gewisse allgemeine Regeln über diese Wirkungen aufstellen und nach ihnen ein Steuerprogramm entwickeln...

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Ihre Hauptangriffstätigkeit verlegten die Russen auf die gestrigen Abend- und auf die Nachtstunden...

Der Bericht der russischen Heeresleitung.

Nun wurde in der letzten Zeit auch in der Parteipresse gegen die Grundforderung, die Steuerlasten durch Einkommens- und Vermögenssteuern aufzubringen...

Balkan-Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Ereignisse.
Oberste Heeresleitung.

Petersburg, 23. März. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom Mittwoch.

Dieser Einwand wäre ganz schlüssig, wenn aus ihm gefolgert würde, daß man deshalb die Steuern herabsetzen, etwa einen Staatsbankrott proklamieren...

Der österreichische Generalstabsbericht.
Wien, 23. März. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart:
Auf allen drei Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

Westfront. Auf der ganzen Front wideln sich eine Reihe von Kämpfen ab. In der Gegend von Riga hatten unsere Truppen Zusammenstöße mit starken feindlichen Vorposten...

Nun sollte man allerdings meinen, die Frage liege einfach genug: die Steuern können nur entweder dem Sachkapital oder dem Lohn oder dem Mehrwert entnommen werden...

Meridings werden die Kapitalverluste, die durch Verkehrssteuern herbeigeführt werden, durch Zuschüsse aus dem Mehrwert wieder ausgeglichen...

Die Versuche des Gegners, südlich Tweresch die Offensive zu eröffnen, wurden durch unser Feuer vereitelt. In der Gegend von Wileitj und Rodheik...

Allerdings kann es natürlich auch vorkommen, daß die verschiedenen Formen der Einkommensteuer auch jenen Teil des Mehrwerts erfassen, der zur Akkumulation, zur Vermehrung des Kapitals, bestimmt war...

Es soll damit nicht jede Monopolisierung durch den Staat abgelehnt sein; für diese können unter Umständen ganz andere Gründe maßgebend sein...

Nach ergänzenden Nachrichten erbeuteten wir bei Michaleze (westlich Hoziczko) noch zwei Kanonen, sechs vollständig verwendbare Bombenwerfer...

Hier kommt aber noch ein weiteres sehr wichtiges Moment dazu. Der Krieg hat alle auswärtigen Handelsbeziehungen gestört, zum großen Teil vernichtet...

Es muß also auch weiter, und nach dem Kriege erst recht, dabei bleiben, daß die Einkommenssteuern der Kern und Grundstock unseres Steuerprogramms bleiben müssen...

Kaukasusfront. In Verden besetzten wir nach Kampf die Stadt Jspahan. Die verhungerte und von den Deutschen und ihren Soldaten ausgeplünderte Bevölkerung empfangt mit Begeisterung unsere Truppen...

Der Krieg hat alle auswärtigen Handelsbeziehungen gestört, zum großen Teil vernichtet, um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, aber auch die günstige Verforgung der eigenen Volkswirtschaft mit Rohstoffen...

Der Bericht der russischen Heeresleitung.
Paris, 23. März. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom gestern nachmittag.

Westlich der Maas sehr lebhafter Gefechtskampf in der Gegend von Malancourt, Etnes und Höhe 304, besonders heftig am Hügel von Haucourt...

Paris, 23. März. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch abend: In Belgien richtete unsere Artillerie ihr Feuer gegen die Schützen- und Laufgräben der zweiten feindlichen Linie in der Gegend von Steenstraete. Nördlich von der Sidne haben wir den Abschnitt von Viller-au-Bois beschoßen. In den Begonnen konzentrierte Feuer auf die deutschen Verteidigungsanlagen nördlich von Four-de-Paris sowie bei Fille-Mortie. In der Gegend von Montfaucon-Rantillois, zwischen Haute-Ébauchée und der Höhe 285, für uns günstiger Minenlamp. Wir beschoßen besonders den Wald von Malancourt. Bestlich der Maas, nach einer heftigen Beschlebung, die den ganzen Tag andauerte, richteten die Deutschen mehrere Angriffe gegen unsere Front zwischen der Spitze des Waldes von Avocourt und dem Dorfe Malancourt. Alle Versuche des Feindes, aus dem Walde von Avocourt vorzubrechen, wurden durch unser Artilleriefeuer und unser Infanteriefeuer angehalten. Der Feind vermochte, auf dem kleinen Hügel von Haucourt, ungefähr einen Kilometer südwestlich von Malancourt, Fuß zu fassen. Bestlich der Maas heftige Beschlebung in der Gegend von Douaumont und Vaux.

Belgischer Bericht: Die Artillerietätigkeit war an verschiedenen Stellen der Front rege, namentlich bei Steenstraete.

Die englische Meldung.

London, 23. März. (B. L. B.) General Gaig berichtet: In der letzten Nacht ließ der Feind zwei Minen springen, die unseren Truppen keinerlei Schaden verursachten. Es fanden einige Handgranatengefächte nordöstlich von Vermelle statt, die keine Veränderung der Lage herbeiführten. Wir beschoßen erfolgreich mit Artillerie und Schützengrabenmörsern die feindlichen Stellungen südwestlich von Bazmacquart.

Das französische Kriegsministerium rechtfertigt sich.

Paris, 23. März. (L. U.) Das französische Kriegsministerium hat jetzt neben den Tagesberichten und Beschwichtigungsnoten auch begonnen, eine ausführliche Rechtfertigung über die Kämpfe um Verdun in dem amtlichen Armeebulletin zu veröffentlichen. Der erste dieser Berichte bezieht sich auf die Tage vom 21. bis 23. Februar. Das französische Hauptquartier verteidigt sich darin gegen den Vorwurf, daß es sich durch die deutsche Offensive habe überraschen lassen und daß es nicht in der Lage gewesen sei, eine Gegenoffensive einzuleiten. Es heißt in dieser Verteidigung wörtlich: Als der Feind seine Offensive begann, hätten wir mehr Leute einsetzen können. Aber das wäre ein Fehler gewesen. Die Haupttugend der Offensive besteht darin, den Gegner bis zum letzten Augenblick im Zweifel zu lassen über den wahren Angriffspunkt sowie über die Mittel, die man im Kampfe einsetzen will. Die Deutschen hätten nur zum Schein gegen Verdun vorgehen und in Massen Nancy, Amiens oder Calais angreifen können. Unsere Aufgabe bestand darin, überall unsere Kräfte im Gleichgewicht zu halten. Wenn wir den Stoß gegen Verdun zu schnell parierten, hätte dem Feinde der Hauptplan an irgend einem anderen Punkte gelingen können. Die Schwierigkeit für das Oberkommando in solchen Augenblicken besteht darin, feiner Nerven Herr zu bleiben, den auszuhalten den Stoß stets klar abzuwägen und ebenso die zu erteilende Antwort. Es kann nicht ins Verze hinein ein Gegenstoß erfolgen. Wenn Massen von Mannschaften, wie sie der moderne Kampf erfordert, irgendwohin verbracht werden sollen, darf man sie nicht für nichts marschieren lassen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 23. März. (B. L. B.) Amtlicher Bericht. In der Nacht zum 21. März versuchten feindliche Infanterieabteilungen keine Ueberfälle auf unsere Stellungen am Anotenpunkt von Bibor (Daonetal), im Grestatal (Camerad- und Etschflus), nordwestlich von Piazza (Terragnolotal) und auf die Höhe von Ravnitz (Häutischer Beden). Sie wurden überall zurückgeschlagen. Auf den Hängen der Santa Maria-Höhe (Gegend Tolmeina) unternahm der Feind in derselben Nacht einen Angriff, der durch unser Feuer angehalten wurde und sich in einfache, leicht abgewehrte Patrouillenangriffe auflöste. Gestern dauerten die Artilleriekämpfe an der ganzen Front an, obwohl das neuerliche schlechte Wetter das Schießen sehr erschwerte. Cadorna.

Das Galloper Leuchtschiff torpediert.

London, 24. März. (B. L. B.) Lloyd's meldet: Wie berichtet wird, ist das Galloper Leuchtschiff torpediert worden und gesunken.

Oesterreichische Note an die Neutralen.

Wien, 23. März. (B. L. B.) Das Ministerium des Aeußern hat den Regierungen der neutralen Staaten folgende Verbalnote zukommen lassen. Die I. und L. Regierung hat die amtliche Mitteilung des folgenden Wortlautes erhalten:

Am 18. d. Mts., 9 Uhr 40 Minuten vormittags, hat bei Karem Wetter und hellem Sonnenchein ein feindliches Unterseeboot unweit Sedentico ohne jede vorherige Warnung zwei Torpedos auf das Spitalschiff „Elektra“ abgeschossen. Das Schiff wurde von einem der Torpedos getroffen und erheblich beschädigt. Eine Kranenpfeilerin des Noten Kreuzes getödet, drei andere verwundet, darunter zwei schwer, ein Matrose erschossen. Der Name des von der Gesellschaft des Oesterreichischen Noten Kreuzes ausgerüsteten Spitalschiffes war den feindlichen Mächten entsprechend notifiziert worden und das Schiff war mit den durch die Haager Konvention vorgeschriebenen besonderen Abzeichen versehen.

Angesichts dieser Tatsachen legt die I. und L. Regierung nachdrücklich Protest gegen ein Vorgehen ein, durch welches die feindliche Marine sich nicht nur der flagranten Verletzung eines durch die besagte Konvention feierlich betätigten Grundgesetzes des Völkerrechts, sondern auch eines verabschuldungswürdigen Verbrechens an der Menschlichkeit schuldig gemacht hat. Das I. und L. Ministerium des Aeußern beehrt sich, die Volschaft (Gesandtschaft) zu bitten, Vorstehendes schleunigst zur Kenntnis ihrer Regierung bringen zu wollen.

Agitation der Venizelisten.

Lugano, 23. März. (L. U.) Nach Meldungen aus Athen beuten die Anhänger von Venizelos nach Kräften die Weigerung Englands und Frankreichs aus, Griechenland eine Anleihe zu gewähren; sie wollen auf diese Weise die Stimmung des Volkes gegen die Regierung aufheben, indem sie versichern, die Entente würde sofort mit finanzieller Hilfe einpringen, sobald Griechenland seine gegenwärtige zweideutige Haltung aufgeben würde. Die Venizelisten meinen damit natürlich die Hilfe Griechenlands zugunsten der Entente. Die Athener Regierung ist entschlossen, die Neutralität zu wahren. Sie verliert, den finanziellen Schwierigkeiten durch Vermehrung des Banknotenumsatzes abzuwehren und von der Kammer die Genehmigung zu einer Steuererhöhung zu erlangen.

Der Weltkrieg

bis zum 19. März 1916.

Von Richard Gädte.

Der Verlauf der letzten Woche in dem Ringen um Verdun war im allgemeinen noch ruhiger als in dem vorhergehenden. Im wesentlichen war die Zeit durch zum Teil heftige Kämpfe der beiderseitigen Geschützmassen miteinander ausgefüllt, von Zeit zu Zeit aber wurden auch diese schwächer. Daneben fanden dann vielfache Luftkämpfe statt; die deutschen wie die französischen Flugzeuge überflogen öfters in ganzen Schwadern die feindlichen Linien, um den Raum hinter der Front zu beunruhigen, die Ansammlung von Truppen zu stören, besonders aber um Vahnhöfe und Bahnhöfe mit Bomben zu belegen. Hierbei entspannen sich wiederholte Kämpfe hoch oben im Luftraum, bei denen es sich fast stets um Sieg oder Tod handelte. Eine ganze Anzahl französischer Flugzeuge sind hierbei dem Angriff deutscher Jäger und deutscher Abwehkanonen erlegen, doch blieben auch die deutschen Anstrengungen nicht ohne Opfer. Daß die Aufklärungsstätigkeit der Luftflotte für die Heeresleitung und die Truppenführung von größtem Werte ist, daß insbesondere die Leitung des Geschützfeuers sie nicht mehr entbehren kann, ist klar. Daraus ergibt sich dann der Bau von Kampfflugzeugen und deren Fächten gegen einander als militärisch notwendige Folgeerscheinung. Die Erfolge beider Teile in der Bekämpfung der feindlichen Verbindungen hinter der Front und in der Beschlebung von Ortschaften richtig einzuschätzen, wird für uns zu Hause erst später möglich sein.

Die einzige größere Gefechtsbehandlung des deutschen Fußvolks war die Erstürmung des „Toten Mann“ genannten Hügels östlich der Maas. Er bildet die westliche Verlängerung und zugleich den höchsten Punkt des früher schon eroberten Höhenzuges um das „Nebenwäldchen“. Seine Fortnahme war notwendig, um diese Stellung dauernd in der rechten Flanke zu sichern; sie stört zugleich ernstlich die Verbindung zwischen den von den Franzosen noch besetzten Dörfern Chateaucourt und Vethcourt. Die Deutschen haben nunmehr etwa 5 Kilometer von der Linie der ständigen Festungswerke westlich der Maas entfernt. In deren Mitte liegt auch das große Gehöft Vourrus, das ein Zielpunkt der deutschen Artilleriegeschosse geworden ist und in den französischen Berichten wiederholt erwähnt wird.

Die Bedeutung der von den Deutschen eroberten Kuppe, von der man das Land ziemlich weit beherrscht, ist der französischen Heeresleitung sofort klar geworden, und sie ist deshalb zu wiederholten starken Gegenangriffen geschritten, bei denen zum Teil im Nahkampf hart gestritten wurde. Solche Gegenstöße fanden am 15., am 16., und nochmals am 18. März statt, wobei auch neue Kräfte von rückwärts herangezogen wurden. Der deutsche Generalstab berichtet, daß am 16. März an dieser Stelle die 27. französische Division in die Kämpfe im Maasgebiet eingesetzt wurde. Es handelt sich also um sehr bedeutende Kräfte, die rings um Verdun mit einander ringen.

Bemerkenswert verdient, daß trotz dieser wütenden Angriffe der amtliche französische Bericht leugnet, daß die deutschen Truppen sich überhaupt des „Toten Mannes“ bemächtigt hätten; sie läßt daher alle Kämpfe an diesem Punkte nur aus der Abwehr der deutschen Angriffe bestehen. Demgegenüber wird deutscherseits darauf hingewiesen, daß hier offenbar eine absichtliche Zweideutigkeit vorliegt, um das französische Volk in seinem Vertrauen nicht zu erschüttern. Hatte doch der französische Finanzminister Ribot gerade am 17. März sich äußerst zuversichtlich geäußert: „Die Verteidigung Verduns ist eines der größten Ereignisse in unserer Lande, und es ist erlaubt, es heute ohne eifigen Optimismus auszusprechen, daß wir das Ende des Krieges sehen.“

Inzwischen sind die von den Franzosen so heiß gewünschten „Entlastungsöffnungen“ ihrer Verbündeten nicht so recht in Fluß gekommen. Von den Engländern ist kaum zu reden; die gelegentlichen Keinen Vorstöße, die außerdem deutscherseits zurückgezahlt wurden, gewähren noch nicht einmal das Trugbild einer ersten Anstrengung. Die stärkeren Angriffe der Italiener an der Front konnten nach Lage der Dinge nirgend eine Einwirkung auf die Ereignisse um Verdun ausüben; sie sind aber außerdem nach blutigem Mißerfolg bereits am 16. März eingestellt worden. Ihnen folgten alsbald scharfe und erfolgreiche Gegenstöße unserer Verbündeten, die deren bisher abwartende Verteidigung in eine tätige Gegenwehr umgewandelt haben. Am 17. März übergriffen sie am Nordteil des Tolmeiner Brückenkopfes (am mittleren Fionzo, etwa 30 Kilometer nördlich Görz) ihre eigenen Linien und warfen den Gegner westlich des Flusses gegen die italienische Grenze zurück; sie haben ihre Angriffe hier am 18. und 19. März fortgesetzt und im ganzen 925 Gefangene und 7 Maschinengewehre erbeutet. Auch weiter nördlich am Weizl Brh säuberten sie die Abhänge des Berges und drangen in das Fionzotal nach dem Dorfe Gorbje vor. Italienische Gegenangriffe am 19. März wurden abgewiesen. Endlich gingen sie auch am oberen Fionzo, im Fläischer Beden, und am unteren Flußlaufe westlich Görz erfolgreich vorwärts, indem sie in die borderde Linie der feindlichen Gräben eindrangen. Man wird begreifen, warum der italienische Feldherr sich aufs äußerste gestraubt hat, erhebliche Kräfte sei es nach dem Balkan, sei es nach Frankreich abzugeben. Er fühlt sich offenbar in seiner eigenen Stellung nicht sehr sicher und beurteilt seine Lage zweifellos zutreffender als die Vorkämpfer in Rom.

Nach den schweren Verlusten ihres Weihnachts- und Neujahrsangriffes von Westarabien aus und in Disgalien fühlten sich die Russen zu erneuten Versuchen gegen die österreichisch-ungarischen Verteidigungslinien während zweier Monate nicht stark genug. Erst in den letzten Tagen haben sie wieder eine größere Rührigkeit entfaltet und auch einen kleinen Erfolg zu verzeichnen. An der Dnjeistrfront abwärts der Strypamilung hielt die 7. österreichische Armee nördlich des Flusses zwei Brückenköpfe, den von Uziestso und weiter abwärts den von Jaleczpessl. — Schon im Dezember und Januar waren die Russen gegen den ersteren immer wieder angetreten; er lag ihnen wohl besonders un bequem, weil von dort aus ihr Vorgehen gegen die untere Strypa wirksam flankiert werden konnte. Seit dem 11. März wählten sie sich dieses Angriffsziel zugleich mit anderen Angriffen gegen die Strypa und Dnjestr von neuem und gingen schließlch mit Sappen und Minen gegen die nicht sehr ausgedehnten Befestigungsanlagen vor. Am 18. März endlich sprengten sie einen Teil des Werkes in die Luft und drangen ein, am frühen Morgen des 19. gelang eine weitere Sprengung gegen den noch immer verteidigten Rest des Werkes und nach weiterem hartnäckigen Kampfe von sieben Stunden waren die Oesterreicher gegen achtstündige Uebermacht gezwungen, die Verschanzung zu räumen. Da ihnen der Rückweg über den Dnjestr abgeschnitten war, mußten die Verteidiger unter Oberst Planesch (Meister und Pioniere) sich in der Nacht durch den Feind durchschlagen und erreichten glücklch den 10 Kilometer abwärts gelegenen Brückenkopf Jaleczpessl. Ein Erfolg der Russen, der als solcher zu buchen ist, aber an der Gesamtlage dort nichts ändert. Wir werden abwarten müssen, ob sich neue Angriffe an dieses bisher vereinzelt Vorgehen anschließen werden.

Sehr viel ernsthafter ist offenbar der breit angelegte Vorstoß der russischen Nordarmee gegen die Ostfront der deutschen Heeresgruppe Hindenburg südlich Dinaburg anzusehen. Nach Vorbereitungen, die den Deutschen nicht verborgen geblieben waren, haben sie hier in einer Ausdehnung von 105 Kilometer unsere Truppen in der Seelinie Drapnawitschee—Postawitschee beiderseits des Karoischees am 18. März mit großer Entschlossenheit angegriffen. Sie sind an keiner Stelle durchgedrungen, haben außerordentlich viel Leute verloren — gegen Mitte und rechten Flügel der Deutschen allein verloren sie 9270 Tote —, am 19. aber gleichwohl fast auf der ganzen Front den Angriff mit starken Kräften erneuert. Der wiederum erfolgreichen Abwehr ist dann von Widly aus ein glücklicher Vorstoß unserer Truppen gefolgt, der die Gegner dort zurücktrieb, wo sie sich in der Nähe unserer Stellungen festgesetzt hatten. Der Angriff ist in einer strategisch wichtigen Richtung erfolgt, er zielt unmittelbar auf Wilna und ging mittelbar gegen unsere Heere in Kurland und unsere Front an der unteren Däna. Er ist wenigstens als der erste Ver-

such zu einer Entlastungsöffnung großen Stils anzusehen. Die russische Oberleitung hat scheinbar die Absicht, uns zur Beschlebung nachhastiger Truppenmengen gegen Osten zu veranlassen. Dieser Versuch ist bisher blutig mißlungen; die russische Kriegsführung hat sich aber selbst durch die schwerste Menscheneinbuße nicht von der Verfolgung ihrer Ziele abhalten lassen, solange sie die Truppe überhaupt noch vorbringen konnte. Die rücksichtslose Entschlossenheit ihrer Heeresleitung müssen wir jedenfalls anerkennen und darum auf die Fortsetzung ihres Angriffs im Norden immerhin gefaßt sein. (4)

Der rumänische Etat.

Bularest, 23. März. (B. L. B.) Die wichtigsten Ziffern im Staatsvoranschlag für das kommende Finanzjahr, dessen Einnahmen und Ausgaben mit 845 719 300 Lei angenommen werden, sind folgende: Die Ausgaben der Kriegsverwaltung betragen 116 Millionen, was gegen das Vorjahr eine Steigerung von 168 700 000 bedeutet. Die Ausgaben des Finanzministeriums belaufen sich auf 250 891 000 Lei. Mit Ausnahme des „Aberbau“ und des Handelsministeriums weisen alle Ministerien eine Erhöhung der Ausgaben auf, deren Gesamtsumme gegen das Vorjahr 45 488 000 Lei beträgt. Bei den Einnahmen ist eine Erhöhung vorgesehen bei den direkten Steuern um 7 Millionen, bei den Vollerhebungen um 20 Millionen, bei den indirekten Steuern um elf Millionen. Die Einnahmen aus der Einfuhrzölle sind mit 35 Millionen, die Einnahmen aus der Ausfuhrzölle mit fünfzig Millionen veranschlagt.

Die rumänisch-bulgarischen Beziehungen.

Sofia, 23. März. (B. L. B.) In den rumänisch-bulgarischen Beziehungen ist in den letzten Tagen eine merkliche Entspannung eingetreten. Die Beschlebung bulgarischer Transitgüter in Rumänien hatte in Bulgarien lebhaftes Mißfallen erregt, um so mehr, als es sich um Hunderte von Waggons handelte, welche teilweise seit Jahresfrist festlagen. Die Angelegenheit wurde auch in der Sobranje besprochen, wo Radostawow der allgemeinen Mißstimmung Ausdruck gab. Vor kurzem entschloß sich die rumänische Regierung, den bulgarischen Wünschen entgegenzukommen und darüber hinaus über gewisse Wirtschaftstragen ein Uebereinkommen mit Bulgarien anzustreben. Es handelt sich besonders um den Austausch gewisser Artikel, wie bulgarischen Tabaks. Rumänien sandte seinen Gesandten in Sofia, Derussi, welcher längere Zeit beurlaubt war, mit neuen Instruktionen. Derussi erzielte, wie die Blätter melden, bereits ein Uebereinkommen über die bulgarischen Transitgüter. Finanzminister Titowitsch erklärte einem Vertreter der Zeitung Utrio über diese Frage, die Gerüchte über eine Verschlechterung der rumänisch-bulgarischen Beziehungen seien grundlos. Dafür spreche die Tatsache, daß Derussi besondere Instruktionen erhalten habe, der bulgarischen Regierung zu beherrschen, Rumänien wolle die bisherigen gutnachbarlichen Beziehungen weiterpflegen. Die rumänische Regierung gab Derussi undrogrenzte Vollmacht, die Verhandlungen über ein wirtschaftliches Uebereinkommen zu führen. Die Versicherungen Derussis, sagte der Minister, werden von uns mit Befriedigung entgegengenommen. Bulgarien wird sein Möglichstes tun, die Verhandlungen zu erleichtern und erfolgreich zu beenden. Bulgarien und Rumänien haben viele gemeinsame Interessen, welche den Abschluß des Einvernehmens erfordern. Eine Verständigung, welche alle Meinungen beseitigen würde, würde die Ruhe auf dem Balkan sichern und beiden Völkern eine ruhige kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Die Sozialdemokraten im Polenklub.

Wien, 23. März. (B. L. B.) In einer zahlreich besuchten, unter dem Vorsitz des Obmannes Bilinski abgehaltenen Sitzung des Polenklubs wurde nach einstimmigem Beschluß die Ausnahme der polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten in den Polenklub unter lebhaftem Beifall vollzogen. Nachdem die Abgeordneten der polnischen sozialdemokratischen Fraktion den Sitzungsaal betreten hatten, gab Daszynski in ihrem Namen die Erklärung ab, daß in der gegenwärtigen Zeit alle politischen Parteien unterschiede verschwinden müßten und daß es nur eine Nation gebe. Hierauf erfolgte die Vornahme der Statutenänderung und der Neuwahlen in das Präsidium.

Die Ausnutzung der galizischen Petroleumquellen.

Wien, 23. März. (B. L. B.) Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Am 15. Februar wurde die Rohrleitung Drohobycz—Chyrow fertig gestellt und sie dürfte in aller nächster Zeit in Betrieb gesetzt werden. Diese Leitung, die eine Länge von 65 Kilometern hat und von der Seeresverwaltung in eigener Regie gebaut wurde, ist nur für verarbeitete Petroleumprodukte bestimmt und bedeutet mit ihrer Leistungsfähigkeit von etwa 70 Zisternen täglich eine wesentliche Entlastung der Eisenbahn. Die Ausführung des Baues und die maschinelle Einrichtung der Druckstation und Anlagen ging unter den schwierigsten Umständen vor sich. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen vermochte nur die militärische Verwaltung alle Hindernisse, die sich dem Bau entgegenstellten, zu beseitigen. Die Rohrleitung kommt der ganzen Petroleumindustrie des Rohölgebietes Drohobycz—Boryslaw zugute. Es wäre gewiß nur wünschenswert, daß diese Leitung, die geeignet ist, den Transport von Raffinerieprodukten auf eine moderne Grundlage zu stellen, eine Fortsetzung in der Richtung der Exportwege unserer Monarchie fände. Die Herstellung dieser großen Anlage ist ein neuerliches Beispiel dafür, daß im Kriege, der sonst nur Verwüstung und Zerstörung mannigfacher Werte mit sich bringt, durch die Fürsorge der Seeresverwaltung auch eine segensreiche Tätigkeit für die Industrie entfaltet werden konnte.

Bevorstehender Rücktritt italienischer Minister.

Lugano, 22. März. (L. U.) In Bestätigung früherer Andeutungen wird aus Rom gemeldet, daß die Minister Dancos und Grippio während der kommenden Kammerferien aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten werden. Diese Plätze werden daher für die Reformsozialisten frei. Der ganze Außenhandel ist klar bewiesen.

Streiks in russischen Waffenfabriken.

Aus der Rede des liberalen Abgeordneten Adschemoff am 13. März in der Duma erfuhr die breite Öffentlichkeit zum ersten Male, daß in den Putiloff-Werken, der größten Waffenfabrik Petersburgs, ein allgemeiner Streik ausgebrochen sei. Adschemoff führte den Streik auf geheime Wählerlisten polizeilicher Agenten zurück und machte insbesondere den Minister des Innern Schostoff dafür verantwortlich, daß eine Gräberin der „Gesellschaft zum Kampf gegen die Revolution und die Anarchie“, Frau Stepanowa, Desobth unter der Maske der Bekämpfung der Lebensmittellieferung eine heftige Agitation gegen die gesellschaftlichen Verbände unter den Arbeitern der Putiloff-Werke betrieb. Die kurz darauf veröffentlichte Mitteilung von dem Uebergang der Werke in

staatliche Verwaltung lieferte einen weiteren Beweis für den Ausbruch von Unruhen auf den Pulloff-Werken. Seitdem hat dieser Streik noch mehrfach die Duma beschäftigt. Nachdem der Streik in der zu den Werken gehörigen Schiffbauwerkstatt beigelegt wurde, wurden die Arbeiter der übrigen Betriebsabteilungen ausgesetzt. Laut der „Frankf. Ztg.“ richteten 83 Dumamitglieder wegen der Auslieferung eine dringende Anfrage an den Handelsminister. Die Regierung veröffentlichte wegen der Vorkommnisse neue Vorschriften, wonach den in der Kriegsindustrie beschäftigten streikenden Arbeitern eine Frist vorgeschrieben wird, innerhalb deren sie zu den vorgeschlagenen Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen müssen, widrigenfalls die Fabriken ermächtigt werden, die Betriebe zu schließen, die Arbeiter abzulohnen und Neuaufnahmen vorzunehmen. Der Lohn derer, die zu der Lohnauszahlung nicht erschienen, wird gerichtlich hinterlegt. Alle Arbeiter, die unentschuldig ausbleiben, oder ungesetzmäßig zurückgekehrte Arbeiter, werden sofort eingezogen. Infolge der beschlossenen Sequestrierung der Pulloff-Werke wurde der bisherige Verwaltungsrat aufgelöst und der General der Artillerie Dr. Drosdow zum Direktor ernannt. Vorsitzender der Verwaltung wurde General Arjlow, Mitglieder General Arjwoschew, Professor Fürst Gagarin, General Golebinski sowie Staatsrat Seandee als Vertreter des Finanzministers.

Die neuen Vorschriften über die Einziehung der streikenden Arbeiter für die Armee bereits ihre Anwendung gegenüber den Arbeitern der Pulloff-Werke. Laut „Wirschowa Wiedomosti“ ermittelt die Polizei alle außerhalb des Peterhofer Polizeibezirks wohnhaften Arbeiter der genannten Werke, um ihnen die Einziehungsbefehle zu übermitteln. Allen Anschein nach hat der Streik auch auf andere Peterburger Fabriken übergegriffen. So berichtete Genosse Ljachenko laut einem Telegramm des „Berl. Tagebl.“ in einer seiner Sitzungen in der Duma, daß die großen Peterburger Fabriken von Ljerner, Barbjanen, Nobel und die Metallurgische Fabrik streiken. Ferner streiken die Admiralswerke in Moskau und Tula.

Im Anschluß an die Streiks scheinen auch Kundgebungen der Arbeiter in Petersburg stattgefunden zu haben. Ein Stockholmer Telegramm der „Frankf. Ztg.“ vom 21. d. M. spricht von einer riesigen Arbeiterdemonstration gegen die Zensur, bei der revolutionäre Reden gehalten wurden. Anlässlich der Verhaftung einer Frau habe ein Arbeiter einen Polizeibeamten erschossen. Zwei weitere Polizisten sollen schwer verwundet worden sein. Wie weit diese Meldung den Tatsachen entspricht, läßt sich vorläufig nicht nachprüfen. Nebenfalls ist es interessant, daß die „Reich.“ vom 3./16. d. M. folgenden Polizeibericht bringt:

„In der Nähe der Fabrik „Kowh Lejner“ ereignete sich am 2. März, 8 Uhr früh, folgender Vorfall:

Eine Polizeipatrouille, bestehend aus dem Aufseher Kolozinow und zwei Schutzeinheiten, bemerkte eine Gruppe Arbeiter, die wieder kamen. (1) Die Polizei forderte die Versammelten auf, sich zu zerstreuen. Alle, mit Ausnahme eines Weibes (1) leisteten dem Befehl Folge, worauf der Aufseher die Verhaftung des Weibes anordnete. Unter der Begleitung zweier Schutzeinheiten wurde die Verhaftete nach dem Revier abgeführt. Später ging der Aufseher Kolozinow.

In der Nähe der Kasernen des Moskauer Regiments feuerte ein Unbekannter einen Schuß aus einem Revolver ab. Die Kugel drang Kolozinow in die Brust und durchbohrte sie. Der Verwundete stürzte zu Boden. Die Begleitmannschaften eilten ihm zu Hilfe. Die Verhaftete benutzte diesen Augenblick, um zu entkommen.

Es hieß die Wirkung dieses in klassischem Polizeistil abgefaßten Berichts abschwächen, wollte man irgendwelche Erläuterungen an ihn knüpfen.

Eine sozialistische Rede gegen die Kriegsbereitschaft Amerikas.

Das sozialistische Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft Pennsylvanias und Vorsitzender der Pennsylvania State Federation of Labor, Genosse James H. Maurer, der voraussichtlich als sozialistischer Präsidentschaftskandidat aufgestellt werden wird, hielt am 12. Februar im Bundesratsauschuß für militärische Angelegenheiten in Washington eine Rede gegen die militärische „Bereitschaft“ der Vereinigten Staaten, die als Ausdruck der Stimmung der Arbeiterklasse in der amerikanischen Presse viel Beachtung findet.

Genosse Maurer begann mit der Erklärung, daß, obgleich die State Federation of Labor von Pennsylvanien offiziell noch nicht Stellung zu der Militärbereitschaftsfrage genommen habe, er getrost sagen könne, daß die Arbeiterklasse seines Staates erbittert gegen die „Bereitschaft“ sei. Er fuhr dann fort:

„Unser erster Grund, weshalb wir diesem militärischen Rüstungsversuch opponieren, ist, daß wir gar keinen Grund dafür sehen können. Wir empfinden, daß es besser wäre, ehe wir noch mehr Geld für Armeen und Flotten ausgeben, erst einmal die Klagen zu untersuchen, welche die Millionen Armen verklagen, die der Kongreß in dem letzten Jahrzehnt für militärische Zwecke für „Bereitschaft“ bewilligt hat.“

„Im frei von der Leber zu sprechen: wir denken, die Munitionsfabrikanten sind am allermeisten an dieser Militärbereitschaftsagitation interessiert. Wir nehmen sogar an, daß sie die ganze Ursache dieser Agitation sind. Wir können keinen anderen Grund für einen fremden Einfall sehen, es sei denn, daß wir ihn selbst heraufbeschwören. Wenn Sie vor zwei Jahren von einem fremden Einfall in unser Land gesprochen hätten, so hätte das vielleicht Einbruch auf uns gemacht. Die europäischen Nationen waren „militärisch bereit“ wie nie zuvor. Aber während nahezu zwei Jahren liegen sie nun schon im Arge weitaus. Sie haben bereits an 40 Milliarden Dollars Kriegskosten zu verzeichnen und an Getöteten, Verwundeten und Vermissten haben sie schon etwa 11 Millionen Mann — das beste, geistigste Leben Europas haben sie bereits geopfert! — und jetzt, da sie so tief in Kriegsschulden versunken, daß man es heute schon für ausgemacht hält, daß sie nicht einmal imstande sein werden, auch nur die Zinsen für diese Schuldenlast zu bezahlen, und nachdem sie Millionen ihrer besten, gesündesten Männer hingemordet oder verkrüppelt, Millionen von Frauen und Kindern der Armut überliefert haben; nunmehr, da sie nahe daran sind, sich zu verbluten — da kommen Sie, meine Herren, und wollen uns weismachen, diese europäischen Nationen wollen Amerika angreifen, in unser Land einfallen! Das sieht mir gar nicht so schön und logisch aus. (Anhaltender Beifall.)“

„Aber ich möchte Ihnen die wahren Beweggründe für die militärische Bereitschaft nahebringen. Die amerikanischen Kapitalisten sind es, die für den europäischen Krieg die Mittel liefern; sie liefern die Kriegsmunition und sorgen für die Beschaffung der Rüstungsgegenstände und die Waffenherstellung. Sie verkaufen nicht gegen bar, sondern auf Kredit. Millionen von Dollars für Munition und sonstige Artikel werden heute bloß mit Schnitzelchen Papier, Noten genannt, bezahlt, und die Bankinteressen liefern die Gelder für die Fabrikanten, damit diese Lohn bezahlen und ihre Werke in Betrieb halten können. Diese Versprechen auf Zahlung, diese Noten, häufen sich mehr und mehr an. Eines schönen Tages wird der europäische Krieg zu Ende kommen, und dann wird man dort drüben in Europa sich um den großen Tisch versammeln — es ist ja jammerlich, daß sie sich nicht um den Tisch versammeln, ehe der Krieg vom Saune gebrochen wurde (Beifall) — und dann werden sie über die Frage der Schlichtung beratungsfähig.

„Nehmen Sie an, meine Herren, wenn man sich kann drücken am Tisch versammelt und beschließt, die amerikanischen Munitionsfabrikanten veranlaßt zu halten. Nehmen Sie an, meine Herren, die dort drüben in Europa weigern sich, die Rüstungsgegenstände zu bezahlen, die ihnen die Munitionsfabrikanten in Amerika angerechnet. Und nehmen Sie an, die dort drüben in Europa sagen dann: wir bezahlen nur einen vernünftigen Preis oder aber wir bezahlen gar nichts! Was denken Sie, was dann geschieht? Dann wäre eine große Flotte und eine große Armee für unsere amerikanischen Kapitalisten sehr angenehm, denn die Herren könnten dann uns Arbeitsteile über den Ozean schicken, um drüben in Europa ihre Rechnungen zu kassieren. Ich sage Ihnen frei heraus, meine Herren, wir weigern uns! (Anhaltender, lebhafter Beifall.)“

„Ich will frei und offen mit Ihnen sein. Wir weigern uns absolut, uns in diese Kriegsrüstungsgeschichte hineinzuziehen zu lassen! Wir sind es nachgerade recht müde, uns als Kanoenbauer gebrauchen zu lassen und hinterdrein noch die Rede zu bezahlen! Meine Herren, Sie besteuern uns für die militärische Bereitschaft, und dann haben Sie noch den traurigen Mut, von uns zu verlangen, daß wir unsere Väter und Söhne und Brüder hinausnehmen und sie für Kriegszwecke verwenden lassen. Wenn es recht ist, des armen Mannes Leben zu nehmen, so muß es recht sein, des reichen Mannes Reichtum zu nehmen. Wir werden in dieser Sache ein deutliches Wort mitsprechen!“

Genosse Maurer sprach im Bundesratsauschuß nicht als Mitglied dieser Körperschaft, der noch kein Sozialist angehört, sondern als ein Vertreter der Arbeiter, deren Anschauungen er als Material zu den Ausschusssitzungen darlegte. Die Senatoren lauschten mit gespannter Aufmerksamkeit dieser Rede und unterließen es, den Redner — wie das in solchen Ausschüssen sonst üblich ist — noch in ein Kreuzverhör zu nehmen. Sie hatten offenbar an den in der Rede vorgetragenen kräftigen Wahrheiten schon genug.

Die mexikanischen Wirren.

Columbus, 22. März. (W. Z. V.) Neutermeldung. Die von verlässlicher Seite berichtet wird, hat General Herrera, der bis vor kurzem Militärgouverneur von Chihuahua war, gegen Carranza rebelliert. Er hat mit zweitausend Mann in Westchihuahua den Kampf zugunsten Villas aufgenommen.

Washington, 23. März. (W. Z. V.) Neutermeldung. Infolge Meldungen über Tätigkeit revolutionärer Banden bei Tampico erhielten das amerikanische Schlachtschiff „Kentucky“ und das amerikanische Kanonenboot „Wheeling“ den Befehl, dorthin abzugehen.

Wiederaufhebung der Monarchie in China?

New York, 22. März. (W. Z. V.) Die Associated Press meldet aus Peking, daß durch einen Kabinettsbeschluss die Monarchie wieder aufgehoben und die Republik wieder hergestellt wurde.

Petersburg, 23. März. (W. Z. V.) Die Peterburger Telegraphen-Agentur meldet aus Krumm (China, Provinz Sin Tschan): Eine Anzahl von Offizieren in der Provinz Ku Khan hatte ein Komplott geschmiedet, das darauf hingielte, den Generalkonverten von Krumm umzubringen und die Unabhängigkeit der Provinz Sin Tschan zu proklamieren. Der Gouverneur entdeckte das Komplott und ließ die Verschwörer enthaupten.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage.

Nach alter guter Ueberslieferung soll die Rede eines Sozialdemokraten zur ersten Etatslesung — der Generaldebatte — einen Generalüberblick über die ganze (inner)politische Situation geben. Im Zeitalter des „Burgfriedens“, wo so viele Traditionen geopfert worden sind, hat auch diese in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihre praktische Geltung verloren. Die sozialdemokratischen Vertreter im Senatorenkonvent willigten in die Trennung der politischen von der Steuerdebatte und in die Verweisung der ersteren in die Dunkelkammer der Budgetkommission. Und die sozialdemokratischen Fraktionsredner begnügten sich ohne Widerstreben mit der Erörterung des Steuerprogramms, obwohl sie Etatsreden halten und die gegenwärtige Politik kennzeichnen sollten.

Genosse Hoch, der zweite Redner unserer Fraktion, zog bei seiner Kritik der Steuerentwürfe gewiß starke Register, wiederholte und unterstrich alle Argumente, die gegen eine weitere Belastung der Massen ins Feld zu führen sind, ja er brachte schließlich den Staatssekretär Helfferich stark in Erregung und rief im Hause erregte Szenen hervor — aber er machte nicht mehr als Genosse Keil den Versuch, die Steuerentwürfe im lebendigen Zusammenhange mit der gegenwärtigen Politik zu erfassen, ihre Wurzeln im Nährboden des herrschenden Systems aufzuzeigen und in scharfen Linien die Konsequenzen für die zukünftige Finanzpolitik zu zeichnen, an die wir doch als Vorkämpfer der Demokratie herangehen sollen. So blieb die Rede trotz ihrer teilweise Schärfe eine Steuerrede, keine sozialdemokratische Etatsrede.

Vor Hoch sprachen noch Stresemann von den National-Liberalen, der mit dem Maschinengewehrfeuer einer wortreichen Rhetorik bald in der Pose des Reformators, bald mit dem Pathos des Patrioten das Einerseits nationalliberaler Steuerfunden mit dem Andererseits nationalliberaler Steuerkritik in Uebereinstimmung zu bringen suchte und einem „pfleglichen“ Verfahren gegenüber der Kapitalbildung in Deutschland das Wort redete; weiter Graf Westarp von den Konservativen, der betonte, daß der Aufschub in der U-Bootfrage „kein Verzicht auf öffentliche Behandlung sei“; und Abg. Mertin von der Deutschen Fraktion.

Genossen Viebknecht wurde durch einen Schlußantrag das Wort abgeschnitten.

Bundesratsbeschlüsse.

Amtl. Berlin, 23. März. (W. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung über die Vornahme einer Viehzwangszählung am 15. April 1916, die Entwürfe zu Gesetzen, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes und des Haushaltes der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1916, der Entwurf einer Bekanntmachung, betr. Aenderung der Bestimmungen über Sachauschüsse für Hausarbeit vom 18. Juni 1914, der Entwurf einer Verordnung über die Aenderung des Gesetzes, betr. Höchstpreise usw. und der Entwurf einer Bekanntmachung betr. Sperre und Anmeldung des Vermögens von landesflüchtigen Personen.

In seiner Sitzung vom 23. März hat der Bundesrat eine Verordnung beschlossen, durch die die Strafvorschriften des Höchstpreisgesetzes und der Preiswucherverordnung so umgestaltet werden, daß Ueberschreitungen von Höchstpreisen und Preisverweigerungen wirksamer verhindert werden können. Insbesondere

soll fortan die zu erkennende Geldstrafe grundsätzlich auf das Doppelte des erzielten Gewinnes bemessen werden. Um einen Uebersicht über die vorhandenen Viehbestände zu haben, ist ferner die Veranstaltung einer Viehzwangszählung am 15. April vom Bundesrat beschlossen worden.

Unglaublich!

„Im „Tag“ richtet der freikonservative Abg. Freiherr v. Sedlitz folgende Aufforderung an die Partei:

„Wenn nicht schon die Selbstachtung die Sozialdemokratie bewegen möchte, von den Herren Strödel und Genossen entsetzten abzurücken, so ist es daher geradezu ihre vaterländische Pflicht, jetzt völlig klarzustellen, daß sie mit deren Reden nichts zu tun hat und daß es eine Irreführung ist, wenn die Rüstungsmänner sich als die wahren Vertreter der deutschen Sozialdemokratie ausgeben. Es wäre eine unverzeihliche Schwäche, wenn die sozialdemokratische Partei auch jetzt noch vor der reinlichen Scheidung von diesen zurückschrecken wollte. Den größten Schaden würde, abgesehen von den Interessen des Vaterlandes, sie selbst haben.“

Es ist unmöglich, diese Sätze unter dem „Burgfrieden“ richtig zu charakterisieren. Aber noch — sagen wir milde — ungläublicher als die Zumutung des Herrn v. Sedlitz ist die Tatsache, daß Genosse Haensch (in der bekannten Zuschrift an die konservativen „Deutsche Tageszeitung“) und einige Parteiblätter, voran die Chemnitzer „Volkstimme“, den „Wünschen“ des freikonservativen Abgeordneten bereits Rechnung getragen hat.

Zur Unterstützung der Anträge über den U-Boot-Krieg veröffentlichten die alldeutschen gerichteten Blätter, wie die „Post“, die „Kreuzzeitung“, die „Deutsche Tageszeitung“ usw. in den Mittwoch-Morgenausgaben die folgende Erklärung:

„Angesichts der Behandlung, welche die dem Reichstage vorliegenden Anträge zum Handelskriege gegen England durch amtlich beeinflusste Auslassungen erfahren haben, fühlen wir uns — in Uebereinstimmung mit einer großen Anzahl führender deutscher Blätter — zu folgender Erklärung gedrungen:

Die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit haben im deutschen Volke Empfindungen erweckt, die hervorgehoben. Großadmiral v. Tirpitz gilt unserem Volke nicht nur als der Mann, dessen Tat- und Schöpferkraft das Wort unseres Kaisers, bitter not tue uns eine starke Flotte, zu glänzender Durchführung brachte, sondern zugleich auch als der deutsche Staatsmann, der den englischen Vernichtungswillen gegen den friedlichen deutschen Wettbewerber am frühesten und am klarsten erkannte, und der entschlossen war, diesem Willen mit aller Kraft und rücksichtsloser Anwendung aller uns zur Verfügung stehenden Mittel zu begegnen. Die übermächtige Wehrkraft unseres Volkes weiß sich darin eins mit dem Schöpfer und Organisator unserer Marine. Unbeschadet seines unerfütterten und unerfütterlichen Vertrauens zur Obersten Heeresleitung ist das Empfinden und die Sorge in ihm weit verbreitet, daß der Rücktritt des Großadmirals mit seiner Haltung in dieser Frage im Zusammenhang steht. Äußerungen von Blättern, deren Verbindung mit Regierungsstellen bekannt ist, haben diese Auffassung bestätigt.

Nach unserer Ueberszeugung ist es ein dringendes Gebot der Stunde, daß dieser Sorge der Boden völlig entzogen werde. Die dem Reichstage vorliegenden Anträge bieten dazu eine geeignete Handhabe. Deshalb begrüßen wir diese Anträge und weisen zugleich die an ihnen von amtlich beeinflussten Organen vorzeitig geleistete Kritik als sachlich wie verfassungsmäßig unangebracht zurück. Wir entsprechen dem innersten Empfinden und den heißesten Wünschen weitaus großer Volkskreise, wenn wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Reichsleitung diesen Anträgen im Reichstage eine Würdigung zuteil werden lasse, die ihrem vaterländischen Geiste entspricht und ihren vaterländischen Zielen Erfüllung verheißt.

Das offen auszusprechen, halten wir in diesen ersten Tagen für eine Pflicht gegen unser Volk und Vaterland, deren Erfüllung unser nationales Gewissen gebieterisch von uns fordert.“ (s)

Steuereperimente.

Im kippischen Landtage ist jetzt die Vorlage der Regierung über eine Besteuerung der Kinderlosen abgelehnt worden, weil sie schwierig durchführbar sei. Man hat dafür aber eine Ledigensteuer eingeführt, die für alle ledigen steuerpflichtigen Personen mit Einkommen von 500 M. (1) an Zuschläge von 10—30 Prozent vorseht. Das genügt aber einem konservativen Abgeordneten nicht; er beantragte, zu beschließen, daß die steuerpflichtigen Ehegatten, welche einen Kriegsteilnehmer nicht stellen, einen Steuerzuschlag von 5 Prozent zu bezahlen haben. Der Antrag wurde allerdings in dieser Form nicht angenommen, man überwies ihn der Regierung als Material.

Landtagsabgeordneter Schrewe gestorben.

In Königsberg ist der konservative Landtagsabgeordnete für Labiau-Wehlau Amtsrat Schrewe aus Kleinhof bei Zapkau im Alter von 71 Jahren gestorben. Amtsrat Schrewe gehörte dem Abgeordnetenhaus erst seit Beginn der laufenden Legislaturperiode an.

Ein Hochverratsprozess in Schweden.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Stockholm gemeldet:

Größtes Aufsehen erregt die Verhaftung des revolutionären Reichstagsabgeordneten Höglund, des Mitarbeiters am Blatte „Sozialdemokraten“ Dr. Höben und des Redakteurs Ojelund vom nihilistischen Blatte „Brand“. Die Verhafteten stehen unter der Anklage des Hochverrats wegen eines Manifests an das Proletariat, in dem darin aufgefodert wird, eine Mobilisierung mit dem Generalstreik, auch in den Waffenfabriken, zu beantragen. Es wird berichtet, daß Rußland, das Interesse an einem solchen Generalstreik habe, die nihilistische Propaganda in Schweden unterstütze.

Letzte Nachrichten.

Vom U-Bootkrieg.

London, 23. März. (W. Z. V.) Lloyd meldet: Der Dampfer „Seaserpent“ wurde versenkt. Lloyd meldet aus Havre: Der norwegische Dampfer „Kannik“ wurde versenkt. Die Besatzung wurde gerettet.

Absturz eines französischen Fliegers.

Paris, 23. März. (W. Z. V.) Die „Temps“ meldet, ereignete sich auf dem Flugfelde von Pau ein Absturz, wobei der frühere Rennfahrer und jetzige Militärflugführer Delrieu den Tod fand.

Feuersbrunst in einer amerikanischen Stadt.

London, 23. März. (W. Z. V.) Reuter meldet aus Augusta (Georgia): Ein durch heftigen Wind angefachtes Feuer zerstörte 25 Häuserblöcke inmitten des Geschäfts- und Wohnviertels. Man schätzt den Schaden auf 5 bis 8 Millionen Dollar.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus der Schlichtungskommission.

Der Schneiderverband klagte gegen den Zwischenmeister Klafchanski, der etwa 20 Personen auf Militärfachschäftig hat. Er hat den Tariflohn nicht eingehalten und auch sonst werden Löhne von 12-20 M. gezahlt. Der Beklagte verteidigte sich damit, daß die Frauen sich bei ihm erst eingearbeitet hätten.

Magistratsrat v. Schulz: „Diesen Einwand sollten Sie als Fachmann gar nicht erst geltend machen. Sie hätten die Tariflöhne einhalten müssen.“

Kunze als Vertreter der Klägerinnen führte aus, daß die Frauen für diese Löhne Ledersachen gestickt hätten; für Ledersticker sei aber ein Wochenlohn von 45 M. als angemessen zu betrachten, ganz gleich, ob es sich um Frauen oder Männer handle.

Es kam ein Vergleich zustande, wonach der Zwischenmeister und der Hauptauftraggeber sich in die Klagesumme von 91 M. teilen.

Der Zwischenmeister Bräse hat für Tailenarbeit 60 Pf. gezahlt, wo der Tarif 1 M. vorschreibt. Vor Gericht trat der Herr derart auf, daß Magistratsrat v. Schulz ihn ernstlich verwarnete. Weiter wurde ihm vom Vorsitzenden gesagt, daß das, was er als Lohnbuchhalter, diesen Namen nicht verdienen, mit dieser Art von Buchführung habe er sich eben noch strafbar gemacht.

Der Beklagte wurde kostenpflichtig verurteilt, an den Verband der Schneider die geforderte Summe von 162,60 M. zu zahlen. Sollte er innerhalb 8 Tagen nicht gezahlt haben, so wird dem Oberkommando Mitteilung gemacht, damit der Betrieb des Beklagten geschlossen werde.

Die Firma Gehmann u. Levin hat eine Arbeiterin an zwei Tagen in ihren Betrieb bestellt, dort auf Arbeit warten lassen, ohne solche auszubilden. Auf Anraten der Kommission zahlte der Vertreter an den Schneiderverband 9,66 M., andernfalls wäre ein dahingehendes Urteil ergangen.

In einem Falle ist der Zwischenunternehmer Weißberger vom Schneiderverband verklagt worden. Witten in der Verhandlung erklärte der Beklagte, nicht er, sondern seine anwesende Tochter sei Inhaberin des Geschäfts. Die Tochter bestätigte dies auch und wurde darum verurteilt. Als nicht gezahlt wurde, erfolgte ein Pfändungsverbot, wobei es sich herausstellte, daß die Tochter gar nichts befaß. Mit Rücksicht auf die verworrenen Geschäftsverhältnisse der Firma Weißberger beauftragte Kunze, beim Oberkommando Anzeige zu erstatten. Das Gericht entsprach dem Antrage.

Im Anschluß hieran erklärte Kunze noch: Andauernd müsse man sich mit Leuten herumschlagen, die aus dem Auslande hierherkommen, zum Teil Analphabeten sind, aber sich rüchlos über die hier getroffenen sozialen Einrichtungen hinwegsetzen. Haben sie genug verdient, so kehren sie wieder heim über die Grenze. So geht das nicht mehr weiter. Die deutschen Arbeiter sind zu gut, um sich von solchen Personen ausbeuten zu lassen.

Die Branchenkommission der Mechaniker gab in der letzten Mitgliederversammlung ihren Jahresbericht aus demselben geht hervor, daß die Kommission ihre Haupttätigkeit auf eine angemessene Lohnaufbesserung der Branchenangehörigen gerichtet hat. In 180 Werkstätten wurden die Forderungen beraten. Es ist gelungen, in fast allen mechanischen Betrieben Lohnhöherungen zu erlangen. Sie stehen zwar nicht im richtigen Verhältnis zu den jetzigen Lebensmittelpreisen, aber es handelt sich doch in den meisten Fällen um wesentliche Aufbesserungen.

Deutsches Reich.

Die Wirkung der Tabaksteuer auf die Löhne.

Ueber die Wirkung der Tabaksteuer auf die Löhne macht das Fachorgan des Tabakarbeiterverbandes recht wertvolle Angaben, deren Wiedergabe in Anbetracht der geplanten neuen Steuerbelastung des Tabaks uns wichtig erscheinen. Der „Tabakarbeiter“ schreibt u. a.:

„Die Löhne der Tabakarbeiter stehen bekanntlich an der niedrigsten Stelle der Löhne gewerblicher Arbeiter in Deutschland. Das ist zum nicht geringen Teil der Steuerlast zuzuschreiben, die die Tabakindustrie zu tragen hat. Vor der ersten großen Steuererhöhung im Jahre 1879 galten die Löhne der Tabakarbeiter im Verhältnis zu den Löhnen der übrigen gewerblichen Arbeiter als gut. Leider haben wir über den Rückgang der Löhne nach der Steuererhöhung von 1879 keinen zahlen-

mäßigen Beweis, doch können wir feststellen, wie sehr die Tabakarbeiter allmählich ins Hintertreffen gekommen sind. Nur ein paar Zahlen: Im Jahre 1911, als der Jahresdurchschnittslohn in der Tabakindustrie nach der Tabak-Berufsgenossenschaft 680 M. betrug, hatten die gesamten gewerblichen Arbeiter in Deutschland bereits einen solchen von 1147 M. erreicht, so daß eine Differenz von 517 M. besteht. Über die Differenz wird leider immer größer. Im Jahre 1912 betrug der Jahresdurchschnittslohn in der Tabakindustrie 653 M., der der gesamten gewerblichen Arbeiter 1191 M., so daß die Differenz nun schon 588 M. beträgt. Im Jahre 1913 stieg der Durchschnittslohn in der Tabakindustrie auf 675 M., der Lohn der gesamten gewerblichen Arbeiter aber auf 1215 M., so daß sich die Differenz wieder vergrößerte, und zwar auf 540 M.“

Nachdem dann zahlenmäßig dargelegt, wie sehr diese Steuererhöhungen den Unternehmern Veranlassung geben, ihre Betriebe in ländliche Distrikte zu verlegen, weil dort niedrigere Löhne gezahlt werden können, wird die Wirkung der Steuererhebung auf die Löhne wie folgt gezeigt:

„Im Jahre 1907 betrug der Jahresdurchschnittslohn der deutschen Tabakarbeiter 608 M., im nächsten Jahre erfolgte eine Steigerung auf 614 M.; das war die übliche, freilich sehr mäßige Steigerung, wie sie auch in den vorhergehenden Jahren zu bemerken war. Aber schon im Jahre 1909, in welchem noch 4 1/2 Monate der erhöhten Besteuerung fallen, ist die Steigerung nur noch 4 M.; der Durchschnittslohn betrug nämlich 618 M. Als aber das Jahr 1910 die erste volle Wirkung der Wertsteuer brachte, sank der Durchschnittslohn sogar auf 616 M., also gegen das Vorjahr um 2 M. Dann beginnt wieder ein langsames Steigen. Daran ist doch wohl deutlich genug zu erkennen, daß eine Steuererhöhung sogar ganz direkt niederdrückend auf den Lohn wirkt. Hätten wir damals nicht die Steuererhöhung gehabt, wäre die Entwicklung in normalen Bahnen weiter gegangen und der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter stünde um etwa 30 M. im Jahre höher. Und das müßte man erneut einer Arbeiterschaft zu, die sich in ihren Löhnen noch unter den der schlesischen und sächsischen Weber steht!“

Zum Schluß des Artikels heißt es dann: „Die Regierung will 87 Millionen aus der Zigarettensteuer, 72,6 Millionen aus der übrigen Tabaksteuer und den Zöllen neu heraushehlen. Das kann nicht ohne Wirkung bleiben, mag auch während des Krieges der Geschäftsgang noch so flott sein. Wenn es dann flauer wird, dürfte ein allgemeiner Wettlauf nach Verbilligung der Produktion einsetzen, dann aber sind die Tabakarbeiter wieder die Leidtragenden.“

Ausland.

Der schweizerische Zimmererverband im Jahre 1915.

Das andauernde Damiereklagen der Bautätigkeit wie der zahlreichen Einberufungen ausländischer Mitglieder in den Riktarbereich hat dem Schweizer Zimmererverband im Jahre 1915 einen weiteren Mitgliederverlust um 508, von 1115 auf 607, gebracht. 1912 zählte der Verband mit 1714 seine höchste Mitgliederzahl. Auch die Zahl der Verbandssektionen ist von 86 auf 82 zurückgegangen. Die Gesamtentnahmen erfordern eine Verminderung von 36 618,15 Fr. auf 21 914,40 Fr., während 3. M. die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung mit 12 246,25 Fr. gegen 12 889,50 Fr. in 1914 fast gleich geblieben sind. Insgesamt wurden 13 163,45 Fr. für Unterstützungen ausbezahlt und erhielten damit die Mitglieder 115 Proz. der gezahlten Beiträge zurück. Das Verbandsvermögen ist von 88 846,23 Fr. auf 61 373,95 Fr. zurückgegangen. Der Verband sieht trotz alledem hoffnungsvoll in die Zukunft.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Das Baugeschäft Geld u. Franke, A.-G. in Berlin, verdient an Militäraufträgen so viel, daß es die Dividende von 8 auf 10 Proz. erhöhen kann.

Die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau bringt 9 Proz. Dividende in Vorschlag (i. V. 8 Proz.). Die Deutschen Ton- und Steingutwerke in Charlottenburg können 9 Proz. Dividende zahlen (i. V. 5 Proz.).

Die A. G. für Bergbau, Blei- und Zinnfabrikation zu Stolberg erzielte 1915 einen Reingewinn von

1 731 151 M. (i. V. 1 180 603 M.), der 9 Proz. Dividende zu verteilen gestattet.

Die Rhein. Möbelstoffweberei vorm. Dahl u. Gunkel, A. G. in Barmen, hat 1915 mit der Herstellung von Baumwollstoffen für den Heeresbedarf so viel verdient, daß sie ihre Aktionäre, die 1914 ohne Dividende blieben, mit 8 Proz. trösten kann.

Der Baumwollspinnerei Gronau i. B. gestattet ein Reingewinn von 201 708 M. (i. V. 127 178 M.) 8 Proz. (i. V. 6 Proz.) Dividende zu zahlen.

Die Metallwerke A. G. vorm. Lutz u. Steffen in Hamburg zahlen 8 Proz. Dividende (i. V. —).

Der Märkisch-Westfälische Bergwerks-Verein in Letmathe „erübrigte“ 8 Proz. Dividende (i. V. 7 Proz.).

Die Maschinenfabrik Gilleter u. Klunz, A. G. in Ascherleben, erhöht ihre Dividende von 6 auf 8 Proz.

Die Mechanische Schuh- und Schäftefabrik Rang A.-G. in Bamberg verdoppelte ihre Dividende von 4 auf 8 Proz.

Die Schöllersche Kammgarnspinnerei in Breslau und Grotz wird 7 Proz. (i. V. 5 Proz.) Dividende verteilen.

Die Norddeutsche Zuckerraffinerie Freilicht bringt 6 Proz. Dividende zur Verteilung (i. V. 4 Proz.).

Die Fleischnot in Rußland.

Nach der russischen „Torgowo-Prumyslennaja-Gazeta“ bringen die amtlichen Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft einige Berichte über die Fleischversorgung, die Viehzucht und den Viehhandel in Rußland, die erkennen lassen, daß das russische Volk genau so unter der Leuerung leidet wie das deutsche. In Rußland hat der Krieg die Nachfrage nach Fleisch bedeutend erhöht. Zunächst durch den Bedarf des Heeres und dann auch durch eine Verschiebung in den Ernährungsverhältnissen der Zivilbevölkerung. Der durchschnittliche Fleischverbrauch betrug nach den Feststellungen der Veterinärverwaltung 1913 pro Kopf der Bevölkerung nicht ganz 11 1/2 Kilo im Jahr. Dabei ist wesentlich, daß der Fleischverbrauch der städtischen Bevölkerung fast 70 1/2 Kilo, der der ländlichen Bevölkerung aber weniger wie 6 Kilo pro Kopf erreichte. Auf dem Lande war die Fleischmangelung also außerst selten, sie hatte mehr den Charakter einer Festtagsbewirtung“. Im Zusammenhang mit diesem niedrigen Fleischverbrauch steht auch die geringe Ausnutzung der Viehbestände. So sind in Rußland zuletzt jährlich nur 11,5 Proz. von Groß-Hornvieh, 8,1 Proz. der Schafe und 11,6 Proz. der Schweine geschlachtet worden. In anderen Ländern werden dagegen 20 Proz. des Großviehs, 28 Proz. der Schafe und 48 Proz. der Schweine erachtet. Schnellreisende Viehkranken sind in Rußland deshalb selten. Die Steigerung des Fleischverbrauchs und der dadurch veranlaßten Schlachtungen hat infolgedessen eine bedenkliche Schwächung des Viehbestandes herbeigeführt. Während bei der Zählung vom Jahre 1913 im europäischen Rußland 40 Mill. Stück Vieh gezählt wurden, waren bei der Zählung vom 1. Oktober 1915 nur noch 31 Mill. Stück vorhanden. Die Schlachtungen haben also nicht nur den ganzen jährlichen Zuwachs von 4,5 Mill. Stück verschlungen, sondern auch das Grundkapital für den Viehbestand selbst angegriffen“. Nach den Feststellungen des Ackerbauministeriums hat die Verminderung während des Jahres 1915 25 Proz. und in dem Gebiete der größten Fleischzeugung (Südwest- und Südrußland) bis zu 50 Proz. betragen.

Die Fleischpreise wurden um 50 bis 60 Proz. gegen die früheren Jahre erhöht. Außerdem haben die Viehhändler zu hohen Preisen minderwertiges Vieh abgesetzt, das früher niemals auf den Markt kam, sondern im Winter eingeschleppt und sobann in gefrorenem Zustande nach den Verbrauchszentren geliefert wurde, wo es als wußte Ware zum Verkauf gelangte“.

In die Preisgestaltung und Marktverteilung haben schließlich die Verwaltungen der großen Städte regeln eingegriffen. So wurde in Moskau ein Höchstpreis von 9 Rubel und in Petersburg ein solcher von 9 Rubel 50 Kopeken für das Kubikschick festgesetzt (pro Kilo etwas mehr als einen halben Rubel). Die Stadt Petersburg ist außerdem noch zu einer weitgehenden Regelung des Fleischbezuges und des Fleischverkaufs übergegangen. Sie hat in den Astrachanischen, Uralischen und Orenburgischen Steppen den unmittelbaren Einkauf des Viehs organisiert, sie hat regelrechte Viehtransporte eingerichtet, Schlachtereien in Betrieb gesetzt und städtische Verkaufsläden eröffnet. Sie hat jetzt schon 50 Proz. der gesamten Fleischversorgung in ihrer Hand.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: Viel Lärm um Nichts.
(In der Neuenstudierung.)
Sonnabend: **Macbeth.**
Kammerspiele.
8 Uhr: Der eingebildete Kranke.
Hiernach: Ballett.
Sonnab.: Der eingebildete Kranke.
Hiernach: Ballett.
Volkshöhne. Theater a. S. 8010wp.
8 1/2 Uhr: Fuhrmann Henschel.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Die gutgeschnittene Ecke.
(Albert Bassermann.)
Sonnabend und Sonntag:
Die gutgeschnittene Ecke.
(Albert Bassermann.)
Deutsch-Künstler-Theater.
8 Uhr: Die selbige Exzellenz.

Dir. Meinhard-Barnauer.
Theater in der Königsgräber Str.
8 Uhr: **Kameraden.**
Komödienhaus
8 1/2 Uhr: Zum 25. Male:
Das Mädchen aus der Fremde.
Berliner Theat.
8 Uhr: Zum 150. Male:
Wenn zwei Hochzeit machen.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Moritz
Die heiligen Stätten des Islam.

Theater für Freitag, den 24. März.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: **Dame Kobold.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gehr. **Herrfeld.** Theater
8 Uhr: Sokrates und Perlmutter.
Kleines Theater.
8 Uhr: **Logierbesuch.**
Komische Oper.
8 Uhr: **Jung muß man sein.**
Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: **Der Gatte des Fräuleins.**
Metropol-Theater
8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).
Sonntag 2 Uhr: **Wiener Blut.**
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: **Der Sterngucker.**
Luisen-Theater
8 Uhr: **Charlotte Klinger.**
Sonnab. 4: **Aischenbrödel**
Sonnab. 8: **Die Räuber.**

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: **Loge No. 7** m. Henry Bender.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Das Lumpengesindel.**
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Romeo und Julia.**
Thalia-Theater.
8 Uhr: **Blondinechen.**
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 Uhr: **Immer feste druff!**
Theater des Westens
8 Uhr: **Das Fräulein vom Amt.**
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: **Verheiratete Junggesellen.**
Walhalla-Theater.
8 Uhr abends:
Es gibt nur ein Berlin.
Sonnab. 8 Uhr: **Grigri.**
Rose-Theater.
8 Uhr: **Mutter Noack.**
Sonnabend nachm.: **Aischenbrödel.**

Circus Busch
Freitag 8 Uhr:
Gr. Wohltätigkeits-
Vorstellung
zugunsten d. i. Felde Red. Kaiser-
Franz-Garbe-Gren-Regts. Nr. 9
„Franzer“
Das reichhaltige
Spezialitäten-Programm
und zum Schluß:
Ein Wintermärchen.

Volgt-Theater.
Sadstr. 55. Sadstr. 58.
Freitag, den 24. März 1916:
„Genoveva“.
Trauerp. i. 5 Aufz. v. Dr. G. Kampach.
Sonntag 8 Uhr: **Platte Weiber.**
Ab-Rosung: **Alt-Heidelberg**, so seine.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum 149. Male:
„Die von der Emden.“
Für Militärper-
sonen freie
Eintritt zu den
Anfang 8 Uhr. Stett. Sängern.

Possen-Theater
Linienstraße, a. d. Friedrichstr. 61/4.
Kobis Abenteuer
Der große Augenblick
mit Leonhard Hasekel
und Siegfried Berisch

Casino-Theater
Lothringstr. 37. Tägl. 8 Uhr
Neu! Neu!
Das erste Ballett
in dieser Spielzeit!

Die Vogelscheuche.
Dazu das große Märchenprogramm.
Sonntag 4 Uhr: **Sein Patent.**

WINTERGARTEN
Große Vorstellung!
Operette
Spezialitäten
Kino.
Frühjahrspreise
(wochentags inkl. Steuer):
Parkett-Faut 1.-3. Reihe 4.-
4.-6.
3.-
Parkett 2.-. M.
Reservierter Platz . . . 1.50
Eintritt 1.-
. 0.60

Palast
Theater am Zoo
Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 u. 8 Uhr.
Voller Erfolg
des Riesen-März-Programms
Olga Desmond
in ihr. Neuheit: Ein Gelbertraum.
Bernhard Hübner
der berühmte Komiker.
Leno Land.
die popul. Parod. u. d. übrigen
Schlager. 12 erstkl. Nummern.

Admiralspalast
Eis-Arena
Großes
Eis-Ballett.
11,9 Uhr. 2, 3, 4 M.
Vorzügliche Küche!

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute
Großes Konzert
zum Besten des im Felde stehenden 7. Garde-Infanterie-Regiments.
Mitwirkende:
Verstärktes Orchester des Ersatz-Bad. des 7. Garde-Infanterie-Regts.
Dirig.: Kgl. Musikmeister Pauck. Berl. Konzerthaus-Orchester, Leiter:
Komp. Frz. v. Blon. Kgl. Kammerorganist Werner Albarth. Gesangchor
Tonkunst. Dirig.: J. Rothstein. Geschw. Taubert, Xylophonvirtuosen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 M. Anfang 8 Uhr.
Karten sind zu haben im Berliner Konzerthaus und den mit
Plakaten belegten Handlungen.

Herzog
zu **Lauenburg**
3 Mg. Cigarette
WILANDE DRESDEN

Metallbetten **Reuters Werte**
Goldrahmenmatratzen, Kinderbetten.
Büchle an Private. Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik Zuhl i. Thür. 3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Wichtig für Herren!
Während des Krieges
gibt Erste Herrenkleiderfabrik
Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß
im Einzelverkauf
vom grossen Fabriklager ab.
Verkaufszeit 10-6. Sonnabends 10-8. Sonntags 12-2.
Holkenmarkt 7/8 IV. Fahrstuhl.

Reichstag.

36. Sitzung, Donnerstag, den 23. März 1916, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Helfferich, Kracke. Die erste Sitzung des

Staats und der Steuervorlagen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Strejmann (natl.):

Der Staatssekretär v. Tirpitz verkörperte den Willen des deutschen Volkes zur Segelung, unauslöschlich wird sein Name mit der Geschichte der deutschen Flotte und des deutschen Vaterlandes verbunden sein. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Die wirtschaftliche Niederringung Deutschlands ist ebenso unmöglich wie seine militärische Niederringung. Das verstanden wir nicht zum wenigsten der Stärkung der deutschen Landwirtschaft. Die gewaltigen Ausgaben, die der Krieg notwendig macht, können wir nicht sämtlich auf Anleihen nehmen. Handel und Industrie sind auch bereit, neue Steuerlasten auf sich zu nehmen. Die Tabakindustrie verdrängt durchaus eine weitere steuerliche Belastung. Große Bedenken haben wir aber gegen die Erhöhung der Postgebühren. Zu erwägen wäre statt dessen die Einführung einer freiwillig zu leistenden Kriegsmarke wie in Oesterreich. — Die Kriegsgewinnsteuer ist eine sehr scharfe Vermögenssteuer. Diese Artsteuer trifft keineswegs nur durch besonderes Glück erworbenes Vermögen, sondern auch das durch eheliche Arbeit und Sparsinn erzeugte. Die Sätze etwa noch zu erhöhen, geht nicht an. Man darf die Besteuerung des Vermögens und des Kapitals nicht überanpannen, wie auch der Sozialdemokrat Kallieski sehr richtig in den „Sozialist. Monatsheften“ hervorgerufen hat. Dagegen kann man die Gewinne der ausländischen Gesellschaften stärker besteuern. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auch der Wehrbeitrag ist als Ausgleich gegen die indirekten Steuern genannt worden. Wir sind geneigt, zu prüfen, ob er noch weiter erhoben werden kann. Dagegen kann die Frage der Erbschaftsteuer während des Krieges nicht aufgerollt werden. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Gegenüber den vielen neuen Steuerprojekten, die jetzt aufstehen, wobei aber jeder immer nur die anderen treffen will, können wir nur angesichts der Milliardenbelastung, die später zu decken sein wird, sagen: Nur nicht drängeln, es kommt jeder ran! Bei der kommenden großen Finanzreform wird eine Abgrenzung über die Erhebung der Einkommen- und Vermögenssteuer zwischen dem Reich und den Einzelstaaten erfolgen müssen. Ferner wird man Reichsmonopole an Stelle bestehender Privatmonopole schaffen. Freilich muß die bürokratische Langweiligkeit aus unseren Gesetzstellen beseitigt werden, statt dessen muß dort kaufmännisch gearbeitet werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Westarp (L.)

gedenkt zunächst des Großadmirals v. Tirpitz. Mit der Abmachung über die U-Bootfrage haben wir auf ihre Erörterung im Plenum keinesfalls verzichtet, sie ist lediglich aufgeschoben. (Dort! dort!) Auch der Besitz muß Opfer bringen, aber die Besteuerung des Einkommens und Vermögens hat ihre Grenzen, die Kapitalanleihe darf nicht unmöglich gemacht werden. Wir werden der Kriegsgewinnsteuer, in Wirklichkeit einer Vermögenswachstumssteuer zustimmen, aber darüber hinaus lehnen wir jede weitere direkte Steuer ab. Die Tabakindustrie kann sehr wohl eine dauernde Mehrbelastung tragen. Ueber die Einzelheiten der Verkehrssteuern werden wir uns in der Kommission unterhalten. Im ganzen sind die Steuervorlagen eine topfere Lat. Unser Wirtschaftsleben hat sich auch während des Krieges als gesund und kräftig erwiesen und wird die Belastungsprobe der neuen Steuern sicherlich aushalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Martin (Deutsche Partei):

Wegen den in der offiziellen Presse unserem U-Boot-Antrag gegenüber erhobenen Vorwurf, er greife in die Kommando-gewalt des Kaisers ein, erhebe ich nachdrücklich Protest. (Bravo! rechts.) — Der Besitzsteuer stimmen wir zu. Berechtigt ist auch die Besteuerung des Tabaks als eines Genussmittels. Fraglich ist, ob eine Erhöhung des Briefpostzolls angebracht ist. Dagegen können die Drucksachen eine Verteuerung des Postzolls vertragen. Möge der Reichstag sich in den Steuerfragen in dieser großen Zeit nicht kleinlich zeigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoch (Soz.):

Graf Westarp erinnerte an den Geist vom 4. August 1914. Das war sehr unvorsichtig. Denn die gegenwärtige Aussprache über die Steuerfrage läßt bei dem Vertreter der Regierung und den meisten Rednern der bürgerlichen Parteien gar nicht von jenem Geiste des 4. August 1914 verdrängen, den meine Kreise der Bevölkerung als bleibende Wirkung unserer schweren Kriegszeit erwarten. Die Gründe, mit denen die Tabaksteuer und die Verkehrssteuer verteidigt und die Einkommensteuer bekämpft worden ist, sind so kleinlich, engherzig, einseitig berechnet auf den Nutzen der Reichen und zum Schaden der armen Klassen, wie es schlimmer auch vor dem 4. August 1914 nicht möglich gewesen wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle Beteiligten, abgesehen von den ganz großen Unternehmungen, sind sich einig, daß die Wirkungen der Tabaksteuer auf die Arbeiter sehr schädlich sein wird. Die Tabakindustrie wird auch nach dem Kriege keine Ruhe haben. Meiste Kreise glauben an eine Erdoberflächsteuer, durch die die kleinen Leute zugrunde gerichtet werden, damit dann das Monopol um so schneller durchgeführt werden kann. Gewiß ist der Tabak ein Genussmittel, aber für die großen Massen, die doch nicht nur Arbeitsmaschinen sind, ist er in der Tat ein unentbehrliches Genussmittel. Das weiß auch die Heeresverwaltung genau und deshalb schickt sie so große Mengen von Zigaretten ins Feld. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei bedeutet die Verteuerung des Tabaks eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung gerade der ärmeren Bevölkerung jetzt während des Krieges. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verteuerung der Tabakwaren belastet die Geschäftsleute mit geringem Einkommen viel stärker als große Geschäfte. Und soweit diese Steuern abgewälzt werden, bedeuten sie wieder eine Verschlechterung der Lebenshaltung der großen Massen. Eine Abwälzung wird im übrigen nur den großen Unternehmern möglich sein. Daher wirken auch diese großen Steuern als ungerechte Mehrbelastung der kleinen Geschäftsleute. Die Verteuerung der Postsendungen wird zur Einschränkung des Postverkehrs führen; auch dadurch werden vor allem die kleinen Geschäftsleute geschädigt. All diese Steuern bedeuten also eine Schöpfung der Reichen gegenüber der ärmeren Bevölkerung und somit eine schreiende Ungerechtigkeit. Der Staatssekretär hat gesagt, die Ausarbeitung der Steuern hätte viel Arbeit und Mühe gekostet.

Unsere Vorschläge

auf erhebliche Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer, auf Erhebung eines neuen Wehrbeitrages und Ausdehnung der Erbschaftsteuer sind ebenfalls sehr reichlich überlegt. Die Erbschaften, die entfernten Verwandten zufallen, werden bei uns heute ganz ungenügend besteuert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewundert hat mich, wie der Staatssekretär sagen konnte, es können nicht alle Pferde auf demselben Grunde weiden. In der Tat ist das doch der Fall, so wohl die Besitzsteuern wie die Verbrauchssteuern müssen alle aus dem Ertrag der Arbeit genommen werden. Und der Unterschied zwischen den Verbrauchs- und Einkommensteuern ist nur der, daß die Verbrauchssteuern die Steuerzahler um so mehr belasten je ärmer sie sind, während die Einkommensteuer die Steuerzahler im Verhältnis zu ihrem Einkommen, also um so mehr je reicher sie sind, belasten. Sie allein entsprechen also dem Grundgedanken, daß jeder nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert werden soll. Man hat gesagt,

das Volk müsse zu größeren Ersparnissen gebracht werden.

Werden aber durch Verbrauchssteuern dem Volke weitere Ersparnisse aufgezwungen, dann wird die Arbeitskraft des Volkes geschwächt, und dadurch unser Wirtschaftsleben viel mehr geschädigt als etwa durch eine langsamere Zunahme der Vermögen. Wird das Vermögen der Reichen dadurch vergrößert, daß die Lebenshaltung der großen Masse herabgedrückt wird, so hemmt es die wirtschaftliche Entwicklung viel mehr, als es selbst durch die größte Einkommensteuer gefördert werden könnte. Man stelle es so dar, als ob Einkommensteuer des Reiches den Einzelstaaten den Lebensboden abgraben würde. Wir sind die letzten, die den kulturellen Bestrebungen der Einzelstaaten entgegenstehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber glaubt denn irgend jemand, daß wir nach dem Kriege ohne direkte Einkommen- und Vermögenssteuer im Reich auskommen können! Es wird sich nach dem Kriege nicht um eine halbe Milliarde handeln wie jetzt, sondern um 4 bis 5 Milliarden. Die können nicht durch Verbrauchssteuern aufgebracht werden. Wenn selbst ein Staatssekretär den Mut hätte, es zu versuchen, daß deutsche Volk würde es sich nicht gefallen lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Freilich muß sich der direkten Einkommen- und Vermögenssteuer für das Reich eine Regelung des Verhältnisses mit den Bundesstaaten und Gemeinden anschließen. Das Reich muß die Grundlage schaffen für die Verteuerung des Vermögens und Einkommens im ganzen Reich. An der Notwendigkeit dieser Entwicklung werden alle Krauerreden der Herren rechts nichts ändern. Sie belagern diese kommende Regelung „im Interesse des Vaterlandes“. Es ist eben dem Menschen eigen, sein Interesse mit dem der Gesamtheit gleichzustellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Vorredner betonte, daß in Preußen die direkten Steuern um 100 Proz. vermehrt werden. In Wirklichkeit werden sie von höchstens 4 auf höchstens 8 Prozent erhöht. Das zeigt die Auffassung der Herren, die meinen, dem Vaterlande ist am meisten gedient, wenn ihr Geldbeutel gekocht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Steuern sind notwendig geworden durch das ungeheure Anwachsen der Schulden. Diese sind unser Unglück, denn sie sind nicht gemacht, um Wohlstand zu verbreiten, um Freude in die Häuten der Armen und Glück und Segen in die Familien zu tragen, sondern damit sich die Böller zeiseln und alles, was die Kultur geschaffen hat, vernichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Spahn zitierte die Aeußerung eines englischen Ministers, daß die Zeit für den Frieden noch nicht gekommen sei. Aber

die Not und der Jammer,

die bei uns vorhanden sind, bestehen auch in den anderen Staaten, alle häufen Schulden auf Schulden und alle haben die Hoffnung auf Kriegsende aufgegeben. Auch neue Erwerbsmöglichkeiten wird der Krieg nicht schaffen. Deutlich zeigt sich doch, daß kein Staat dem anderen Friedensbedingungen wird aufzwingen können. Wir werden unsere Unabhängigkeit schämen, aber auch die Unabhängigkeit der anderen Völker wird erhalten bleiben. Heberall wird die Folge des Krieges sein, daß das Volk sich in furchtbarer Not und Elend befindet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Je länger der Krieg dauert, desto mehr Opfer an Mut und Blut muß jedes Volk darbringen, desto mehr Arbeitskräfte werden vernichtet, desto mehr Rohstoffe werden vergeudet, desto mehr Einrichtungen für Handel und Verkehr, Kunst und Wissenschaft werden zerstört. Deshalb ist die Fortsetzung des Krieges

ein Wahnsinn,

jede Verschärfung ein unverantwortliches Verbrechen an der Menschheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Krieg nur noch drei Monate länger dauert, so sind wieder 10 Milliarden ausgegeben. Das zeigt doch, wie wenig mit den 500 Millionen geizt werden kann. Die erste Voraussetzung dafür, daß unsere Finanzen nicht in trostlosen Zustand geraten, die Völker nicht in den traurigsten wirtschaftlichen Zustand, ist, daß in allen Völkern die Erkenntnis verbreitet wird, daß dem Krieg ein Ende gemacht werden muß, und das kann nur geschehen durch einen Frieden, der die Unabhängigkeit jedes Volkes wahrt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei den Steuern aber bleibt der Grundsatz unerschütterlich, daß die Verbrauchs- und Verkehrssteuern eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die arbeitende Bevölkerung sind. Der Staatssekretär hat die Mischungstheorie direkter und indirekter Steuern aufgestellt. Er erklärt jede für einseitig und verlangt daher beide. Aber diese Rechnung stimmt nicht, denn ungerecht ist eben nur die Begünstigung der Reichen und die Belastung der armen Leute durch die Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Die Einkommensteuer ist nicht ungerecht, die großen Einkommen stammen ja nur aus der Arbeit der großen Masse und die höheren Einkommensteuern der reichen Leute sind nur ein kleiner Notbehelf zur Ausgleichung der Ungerechtigkeit, daß die arbeitende Masse selbst in so traurigen Verhältnissen lebt. Schon im Frieden hat sich das arbeitende Volk gegen die Ungerechtigkeit der Verbrauchssteuern gewehrt. Im Krieg verlangt man von jedem, seine ganze Kraft einzuwerfen, auch wenn er Vermögen, Stellung und Einkommen dadurch verliert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur bei den Steuern soll es nicht so sein, da sollen die um so weniger zahlen, je reicher sie sind. Dadurch beschwören sie unentragliche Zustände im Volke heraus. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen gegen jeden Versuch, die traurige Lage des Volkes noch zu verschlechtern durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern den allerheftigsten Protest erheben. Sie haben das Volk in den Schützengräben gerührt. Satteln Sie ihm den Dank nicht dadurch ab, daß Sie ihm neue Lasten auferlegen und die reichen Leute schonen. Sie fordern uns zu positiver Mitarbeit auf. Wir werden nur in dem Sinne mitarbeiten, daß dem Volk auch durch die Tat gegeben wird, was ihm am 4. August versprochen worden ist. Wir werden mitarbeiten, daß dem Volke nicht neue Lasten auferlegt und die Reichen geschont werden. Die Massen draußen werden schon dafür sorgen, daß mit solchen Steuerplänen auf die Dauer nicht weitergewirtschaftet werden kann. Wenn Sie der Masse ihr Recht nicht geben wollen, wird sie sich ihr Recht erkämpfen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichssekretär Dr. Helfferich:

Sachlich habe ich auf die Rede des Herrn Hoch nicht zu erwidern, er hat nichts gesagt, was Herr Keil nicht schon besser, ruhiger und sachlicher gesagt hätte. Aber Verwahrung muß ich dagegen einlegen, daß diese Steuervorlagen hier agitatorisch ausgenutzt werden. Sie stellen keineswegs in erster Linie eine Belastung der Armen dar, und ich muß es mir erlauben, das gesagt zu werden, daß sie auf den Nutzen der Reichen und den Schaden der Armen berechnet sind. (Lebhafte Unruhe bei den Sozialdemokraten und Jura: Sie wirken so!) Sie mögen der Meinung sein, dürfen aber nicht sagen, daß sie darauf berechnet sind. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Wir werden uns über die Steuern in der Kommission auch mit den Sozialdemokraten unterhalten, hoffentlich aber in ruhigerer und sachlicherer Weise. Denn von einer Fortsetzung der Diskussion in dem Tone des Abg. Hoch befürchte ich eine ernste Gefährdung der vaterländischen Interessen. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Sie irren sich, wenn Sie glauben, Sie haben das deutsche Volk hinter sich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Forderung einer sachlichen Diskussion ohne Schwierigkeiten in der Öffentlichkeit ist gehalten worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unter Polizeiaufsicht!) In keiner der dreizehn Versammlungen, die sich mit dieser Frage beschäftigten, ist einem Redner von der Polizei das Wort entzogen worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das wäre noch besser!). Nur berichtet der „Vorwärts“ von diesen Versammlungen: „In 13 fast durchweg gut besuchten Versammlungen usw.“ und von der Versammlung im zweiten Kreis sagt er sogar, der Besuch habe

nicht den Erwartungen entsprochen. Wenn der „Vorwärts“, der doch gewiß nicht an Unjugenkrankheit leidet (Heiterkeit), einen solchen Ton anschlägt, dann kann man wohl wissen, daß diese Versammlungen keinen Erfolg gehabt haben. Gleichen Sie daraus Ihre Lehren und suchen Sie dem Volk die Vaterlandsliebe, die ihm in den Knochen steckt, nicht zu vergiften. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das tun Sie mit Ihren Steuern!) Ich weiß, was ich zu beantworten habe. Das wird wohl auch jeder wissen, aber es geht jeder mit sich zu Rate. (Beifall.)

Abg. Hoch (Soz.):

Der Staatssekretär hat behauptet, es wäre der Öffentlichkeit gestattet worden, sich über die Vorlagen auszusprechen. Das ist nicht der Fall. Eine ganze Reihe Versammlungen sind einfach verboten worden. (Unruhe rechts.) Mir selbst ist es unmöglich gemacht worden, über diese Steuerfragen zu sprechen, weil ich erst meine Vorträge einreichen sollte und mich allen möglichen behördlichen Vorschriften fügen hätte müssen, was ich nicht wollte. (Unruhe rechts.) Es ist nicht wahr, daß ein Abgeordneter die Möglichkeit hat, sich über die Vorlage frei auszusprechen. Öffentliche Versammlungen sind überhaupt verboten worden. Der Staatssekretär irrt sich auch in einem anderen Punkte, und es ist sehr bedauerlich, daß er kein Verständnis hat für die Lage und für die Stimmung des Volkes. Er meint, weil die Mitglieder der Versammlungen nicht alle überfüllt waren, sei festgestellt, daß das Volk die Steuern will. Ja, wissen Sie denn nicht, Herr Staatssekretär, in welcher Not sich das arbeitende Volk befindet? Wissen Sie denn nicht, wie viele Männer im Schützengraben liegen, wie viele Frauen gezwungen sind, von früh bis spät zu arbeiten, wie viele Stundenlang vor den Läden stehen müssen, um Nahrungsmittel zu erhalten? Wissen Sie nicht, wie viele Familien die traurige Not erfahren haben, daß der Ernährer gefallen ist — und da fühlen Sie nicht einmal mit, Herr Staatssekretär?

Präsident Dr. Kaempf:

Diese Äußerungen sind so beleidigend, daß ich Sie zur Ordnung rufen muß.

Abg. Hoch (fortfahrend):

Der Staatssekretär will nicht begreifen, daß die Tatsache, daß unter diesen Umständen überhaupt 13 Mitglieder-Versammlungen stattgefunden haben, von einer ganz ungeheuren Erregung des Volkes zeugt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hat mir überhaupt aus meinen Ausführungen einen Vorwurf gemacht. Jeder Redner hat aber die Pflicht, so zu sprechen, wie es ihm im Interesse des Volkes und des Vaterlandes notwendig erscheint, und ich verbitte mich in dieser Beziehung jede Vorkhrist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Darüber habe ich zu urteilen, und wenn ich gegen die Ordnung des Hauses verstoße, ist der Präsident dazu da, mich zur Ordnung zu rufen. Ihnen, Herr Staatssekretär, steht ein solches Recht nicht zu. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat es als persönliche Kränkung empfunden, daß ich sagte, die Steuern wären darauf berechnet, die Armen zu belasten und die Reichen zu entlasten. Ich habe diesen Ausdruck gewählt, um meine Ueberzeugung darzulegen, und es lag mir fern, persönlich verlegend zu werden. (Lärm rechts.) Glauben Sie denn, wenn ich etwas anderes tun wollte, hätte ich mich geirrt, es hier auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nach der Begründung sollen doch tatsächlich die Verbrauchssteuern auf die Konsumenten abgewälzt werden, und der Staatssekretär spricht davon, daß die reichen Leute nicht zu sehr belastet werden sollen und deshalb diese indirekten Steuern notwendig seien. Wir haben schon vor einigen Wochen im Hauptauschuß den Staatssekretär eindringlich beschworen, nicht mit einer solchen Vorlage zu kommen, weil er damit etwas anrichten würde, was dem Vaterlande nicht zum Nutzen gereicht. Trotz dieser Warnung ist er mit der Vorlage gekommen. Glaubt der Staatssekretär denn, wir sollen nun unsere Ueberzeugung verleugnen und zu Heuchlern werden?! Also wir schädigen das Vaterland nicht, wir haben vor der Einbringung einer solchen Vorlage gewarnt. Nachdem sie nun eingebracht ist, ist die Schädigung des Vaterlandes schon geschehen.

Präsident Dr. Kaempf: Sie dürfen dem Staatssekretär nicht vorwerfen, daß er das Vaterland schädigt.

Abg. Hoch (Soz.): Ich habe mit keinem Worte von einer Absicht des Staatssekretärs gesprochen.

Präsident Kaempf: Ich stelle also ausdrücklich fest, daß Sie dem Staatssekretär nicht die Absicht haben unterstellen wollen, das Vaterland zu schädigen.

Abg. Hoch (Soz.): Das weiß ohnedies jeder, der deutsch versteht. (Präsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Die Schädigung des Vaterlandes ist eingetreten durch die Vorlage und es ist unsere Pflicht als Volksvertreter, gegen diese Schädigung hier und überall Einspruch zu erheben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich bin durch den Schluß der Debatte, der sich sicher in erster Linie gegen mich gerichtet hat, leider gehindert, auszusprechen, daß ich selbstverständlich der Regierung des Belagerungszustandes, der Regierung des Krieges grundsätzlich alle Mittel, alle Steuern verweigere. (Unruhe rechts.)

Präsident Kaempf: Ich muß Sie bitten, sich lediglich im Rahmen der Geschäftsordnung zu halten. Sachliche Ausführungen kann ich nicht zulassen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich stelle fest, daß sogar im preussische Abgeordnetenhause mehr Redefreiheit herrscht, als in diesem Hause. (Gelächter und Unruhe.)

Präsident Kaempf: Wenn Sie sich an meine Anordnungen nicht halten, würde ich gezwungen sein, Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht weiter zu geben.

Abg. Dr. Liebknecht: Es ist mir gleichfalls unmöglich gemacht, in die Diskussionskommission unserer deutschen Kriegspolitik und der Militärdiktatur hineinzuleuchten.

Präsident Kaempf: Ich kann Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht weiter geben.

Der Etat und die Kriegsgewinnsteuer werden an die Budgetkommission, die anderen Steuern an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag, vormittags 11 Uhr (keine Anfragen, Statutgesetz).

Schluß: 3/4 Uhr.

Sozialdemokratische Steueranträge.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat in der Steuerdebatte durch ihre Redner erklären lassen, daß sie zwar die Notwendigkeit der Beschaffung neuer Einnahmen schon während des Krieges anerkennt, Verbrauchs- und Verkehrssteuern aber entschieden verweigert. Sie wird bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Kriegsgewinnsteuer Anträge stellen, die eine beträchtliche Verschärfung sowohl der Steuerlage für die Einzelpersonen als der für die Gesellschaften bezwecken. Sie wird daneben die erneute Erhebung eines Wehrbeitrages, die sie schon in der letzten Dezember-Tagesordnung forderte, wiederholt beantragen. Der bereits vorbereitete Antrag verlangt die alsbaldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der für das Rechnungsjahr 1916/17 die Erhebung eines erneuten Wehrbeitrages vorschlägt. Die Veranlagung soll erfolgen auf Grund einer Feststellung des Vermögens- und Einkommensstandes mit dem 31. Dezember 1916 als Stichtag und unter Anwendung der im

Beitragsgesetz vom 3. Juli 1913 gegebenen Bestimmungen. Der Teil des Vermögens, der von dem Kriegsgewinnsteuergesetz erfasst wird, soll der Beitragspflicht nicht unterliegen. Die Veranlagung des Vermögens- und Einkommensstandes mit dem 31. Dezember 1916 als Stichtag muß für die Zwecke der Berechnung der Kriegsgewinnsteuer ohne Erfolg sein. Eine besondere Veranlagungsarbeit ist also mit der Wiederholung des Beitrags nicht verbunden.

Für die Fortschrittliche Volkspartei hat der Abg. v. Payer erklärt, daß sie die Erhebung des Beitrags für zweckmäßig und notwendig halte. Für die Nationalliberalen hat der Abg. Stresemann zwar keine bestimmte Zusage gegeben, aber auch keine Ablehnung des Kriegsgewinnsteuergesetzes ausgesprochen. Das Zentrum hat sich zu der Frage überhaupt nicht ausgesprochen. Dagegen haben die Konservativen durch den Grafen Westphal erklärt, daß sie unter keinen Umständen für weitere Vermögens- und Kriegsgewinnsteuern haben seien. Die Konservativen drohen sogar mit dem Kampf gegen die Kriegsgewinnsteuer, wenn die Frage der Erhebung weiterer Vermögenssteuern ernstlich aufgerollt werde.

Die sozialdemokratische Fraktion wird sich durch eine solche Drohung in der Vertretung ihres Standpunktes selbstverständlich nicht beirren lassen. Sie wird, wie ihre Redner weiter angeündigt haben, einen Ausbau des Erbschaftsteuergesetzes beantragen, der geeignet ist, der Reichskasse Hunderte von Millionen neuer Einnahmen zuzuführen. Der bereits vorbereitete Antrag fordert zunächst die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf das Gatten- und Kindeserbe, die, wenn auch mit beiseideneren Sägen, im Regierungsentwurf von 1908 schon vorgesehen war, damals aber am Widerstande der Konservativen und des Zentrums scheiterte. Befreit bleiben soll das Gatten- und Kindeserbe in den Fällen, in denen der Erblasser während des Krieges dem Heere oder der Marine angehört und der Tod während des Krieges oder als Folge einer Dienstbeschädigung im Sinne des Militärinterbenediktengesetzes vom 17. Mai 1907 eintrat. Im übrigen soll das Gatten- und Kindeserbe nur von der Erbschaftsteuer betroffen werden, wenn die Erbschaft unter Hinzurechnung des etwaigen bisherigen Vermögens des Erben den Betrag von 50 000 M. übersteigt. Der Grundbetrag der Steuer für das Gatten- und Kindeserbe soll 2 Proz. betragen, er soll aber mit der Zunahme der steuerlichen Leistungsfähigkeit ansteigen bis zum Fünftfachen dieses Satzes, also bis zu 10 Proz. Dieser Höchstbetrag soll vom Gatten- und Kindeserbe dann erhoben werden, wenn der Erbschaftsbetrag unter Hinzurechnung des bisherigen Vermögens des Erben den Betrag von 500 000 M. übersteigt.

Der Antrag unserer Fraktion sieht ferner eine Verschärfung der Erbschaftsteuer bei den Verwandtschaftsgraden, die heute schon der Besteuerung unterliegen, in dreifacher Richtung vor. Er will den vom Erbschaftsbetrag zu erhebenden Steuerfuß nicht lediglich von der Höhe der Erbschaft, sondern von der Höhe der Erbschaft und der Höhe des bisherigen Vermögens des Erben abhängig machen. Er geht davon aus, daß ein erbender Vetter von einem Erbschaftsbetrag von 100 000 M. einen weit größeren Prozentsatz an Steuern zahlen kann, wenn er zuvor schon einige Hunderttausend Mark Vermögen besaß, als wenn er zuvor heillos war. Zweitens soll der Grundbetrag der Steuer in der Weise erhöht werden, daß er 5 Proz. für leibliche Eltern und Geschwister (bisher 4 Proz.) beträgt, 8 Proz. für Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern (5 Proz.), 10 Proz. für Großeltern, entfernere Voreltern, Schwieger- und Stiefeltern sowie Schwieger- und Stiefelinder und ein Kindes- statt angenommene Personen und deren Abkömmlinge (6 Proz.), 12 Proz. (8 Proz.) für Abkömmlinge zweiten Grades von Geschwistern, für Geschwister der Eltern und für Verwandte im zweiten Grade der Seitenlinie, 15 Proz. (12 Proz.) in den übrigen Fällen. Schließlich soll die Steigerung des Steuerfußes, die nach dem geltenden Erbschaftsteuergesetz allen Verwandtschaftsgraden mit dem Anwachsen des Erbschaftsbetrags eintritt, eine Verschärfung erfahren. Die oben genannten Grundbeträge sollen nur dann Anwendung finden, wenn die Erbschaft unter Hinzurechnung des schon vorhandenen Vermögens nicht mehr als 20 000 M. beträgt. Übersteigt die Erbschaft unter Hinzurechnung des bisherigen Vermögens des Erben den Betrag von 20 000 M., so soll an Erbschaftsteuer erhoben werden, falls die Erbschaft und das bisherige Vermögen zusammen betragen

Bis zu	20 000 M., vom Erwerb das	1 1/4 fache
50 000	50 000	1 1/4
75 000	75 000	1 3/4
100 000	100 000	2
150 000	150 000	2 1/2
200 000	200 000	3
300 000	300 000	3 1/2
400 000	400 000	4
500 000	500 000	4 1/2
mehr als 500 000	mehr als 500 000	5

der Grundbeträge.

Der höchste Steuerfuß, der nach diesem Tarif zur Anwendung kommen kann, beträgt 75 Proz. Drei Viertel der Erbschaft sollen in diesem Falle der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein Steuerfuß, den man als konfiskatorisch bezeichnen kann. Aber man darf nicht übersehen, daß dieser Höchstfuß nur Anwendung finden kann, wenn eine Erbschaft auf einen ganz entfernten Verwandten oder einen blutfernen Menschen übergeht, und wenn dieser Erbe sich in glänzenden Vermögensverhältnissen befindet. Für Erbschaften dieser Art, und zwar nicht nur bei leistungsfähigen, sondern auch bei minderbemittelten Erben, haben die Gesetzgeber der Verbündeten Regierungen von 1908 und 1913 über das Erbrecht des Reichs noch höhere Steuerfüße vor, nämlich 100 Proz. Erbschaften der entferntesten Verwandten sollten nach diesen Vorlagen in ihrem vollen Betrage der Reichskasse zufallen, wenn nicht ein Testament vorlag. Leider sind die beiden Vorlagen im Reichstage nicht zustande gekommen. Sie beweisen aber, daß der jetzige Antrag unserer Fraktion, der 75 Proz. von einer Erbschaft als Steuer verlangt, wenn die Erbschaft an einen ganz entfernten Verwandten fällt, der einschließlich der ihm zufallenden Erbschaft über mehr als 500 000 M. verfügt, nichts Uebertriebenes fordert. Bürgerliche Steuerfachmänner sind derselben Ansicht, von der sich unsere Fraktion leiten läßt, daß besonders in der jetzigen Kriegszeit eine schärfere Erfassung der Erbschaften entfernter Verwandter sich nahelegt. Der national-liberale Justizrat Hamburger in Aschersleben spricht in seiner Schrift: „Kriegsgewinn- und Kriegserbschaftsteuer“ von der „seltsamen Rechtsordnung“, die dem Einzelnen unerwartet das Vermögen eines im Kriege fallenden Seitenverwandten zuführt, auf das er in Friedenszeiten niemals hätte rechnen dürfen. Von diesen lachenden Erben der Kriegszeit eine Sondersteuer zum allgemeinen Besten zu verlangen, das bezeichnet Hamburger als eine Forderung der Gerechtigkeit.

Aus der Partei.

Der Nationalrat der französischen Partei

wird durch eine Bekanntmachung, die der Parteisekretär Louis Dubreuilh in der „Humanité“ veröffentlicht, zum 9. April nach Paris zu einer Plenarsitzung berufen, der folgende Tagesordnung vorgelegt werden soll:

1. Bericht der Permanenten Verwaltungskommission;
2. Bericht der Delegierten, die die Partei in die Verwaltung und die Direktion der „Humanité“ entsandt hat;
3. Propaganda zugunsten der „Humanité“;
4. Die Resolution der allgemeinen Politik, des Parteitag und ihre Anwendung. (Da wird daran erinnert, daß diese Resolution sich u. a. auf die Verantwortlichkeit der Nationen bezieht, die den Krieg provoziert haben, ferner auf die Bedingungen eines gerechten und dauerhaften Friedens, auf die Voraussetzungen, an die die Partei die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen knüpft und auf die Mitarbeit der Partei beim Werke der nationalen Verteidigung);
5. Fragen der Kontrolle.

Die weiteren Mitteilungen der Bekanntmachung sind geschäftlicher Natur. Unter anderem wird daran erinnert, daß die Zahl der Delegierten jeder Föderation sich nach den Mandaten richtet, die ihr beim letzten Parteitag, dem Kongress von Amiens im Januar 1914, zugestanden waren.

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Partei die Reisekosten für je einen Delegierten jeder Föderation trägt.

Sozialdemokratischer Stadtrat in Forst.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung wählte den Genossen Karl Delor mit 13 Stimmen zum unbesoldeten Stadtrat. Der bürgerliche Kandidat erhielt 10 Stimmen. Außerdem wurden noch 5 weiße Zettel abgegeben.

„Arbeiter-Jugend“.

Die soeben erschienene Nr. 7 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Ihr lebt für eine große Zeit. Von Roland. — Arbeitsverträge und Tarifverträge. Von A. Essinger. — Eine Winterwanderung. Von E. A. Seidel. — Shakespeares geschichtliche Bedeutung. Von Franz Niederich. (Mit Abbildungen). — Ausblick. Gedicht von Max Barthel. — Vom Reden und Zuhören. Von B. Soltmann. — Der Hamburger Jugendbund zeitweilig aufgelöst. — Aus der Jugendbewegung.

Aus der Frauenbewegung.

Frauentag in Oesterreich.

Der Beschluß der österreichischen Genossinnen, in diesem Jahre eine besondere Agitation für die Abhaltung des Frauentages zu entfalten, hat sich als sehr gut bewährt. Es haben bisher gegen hundert Versammlungen stattgefunden, die alle bis auf wenige außerordentlich gut besucht waren. Die Tagesordnung lautete in allen Versammlungen: „Der Frauentag im Kriegsjahr“. So die Kräfte zur Verfügung standen, sangen zuerst Arbeiterchöre dem Tage angepaßte Lieder. „Einen Weichselsturm entseffte Otto Erich Hartleben's „Weitenfriede“ und Josef Scheus „Hoffnung“. Die Reden der Genossinnen und Genossen bewegten sich in dem Gedankengang, daß sie den Ursprung der Idee des Frauentags feststellten, um dann zu erörtern, daß der Krieg die Berechtigung der Frauentagsforderung erhärtet und bekräftigt hat. Es wurde die Stellung der Frau während des Krieges als Arbeiterin, Frau und Mutter besprochen und ausgesprochen, daß die Arbeiterinnen fester denn je überzeugt sind, daß ihre Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht an den Geschäften der Völker berechtigt ist. Alles, was die Arbeiterinnen schon jetzt vorzubereiten haben, um nach Friedensschluß wirksam teilnehmen zu können an der sogenannten „Neugestaltung“, wurde erörtert. Die Reden langten dahin aus: Es werde nicht genügen, den Arbeiterinnen- und Muttertag darin zu erschöpfen, daß man die jetzt aufgehobenen Gesetze wieder herstellt und den Müttern eine längere Schulpflicht einräumt, sondern das Ziel müsse weiter gesteckt sein.

Alle Versammlungen verliefen ohne Störung und Zwischenfall. Manche trugen festlichen Charakter. Es haben Versammlungen in Niederösterreich, Oberösterreich, Böhmen, Steiermark, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Mähren und Schlesien stattgefunden. Nur in Kärnten konnte wegen des engeren Kriegesgebietes keine Frauentagsveranstaltung stattfinden. Die Zeitschrift „Der Frauentag“ wurde in allen Versammlungen verbreitet und mit Begeisterung aufgenommen. Alles in allem war der Frauentag 1916 eine würdige Kundgebung und hat der Partei einige Hunderte neuer Mitglieder gebracht.

Stadtverordnetenversammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 23. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzender Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Einzelberatung des Stadthausbudgets für 1916.

Es sind der Versammlung noch drei Nachtragsvorlagen zugegangen, durch welche 320 000 M. zur Weiterzahlung der erhöhten Pflanzgelder für in Familienpflege untergebrachte Waisenkinder sowie 78 000 M. zur Weiterführung der Armenspeisung bis zum 15. Mai d. J. angefordert werden. Mit der dritten Vorlage entspricht der Magistrat dem seit langem einstimmig gefaßten Versammlungsbeschlusse, die

Kindergulage für Kriegerfamilien

von 6 auf 7,50 M. monatlich für jedes Kind zu erhöhen, aber nur insoweit, als vom 1. April bis 1. November die Zulage nur 75 Pf., erst vom 1. November ab bis Ende März 1917 1,50 M. betragen soll; auch ist die Zahlung dieser Zulage an die Voraussetzung gebunden, daß sie nur während der Zeit geleistet wird, in der Kriegsunterstützungen gezahlt werden.

Die Versammlung beginnt mit der Etatberatung und genehmigt ohne Diskussion die Spezialtats für die städtischen Grundstücke, für Dotationen, Renten und Abgaben, für die Kosten der Ortspolizei, für das Feuerlöschwesen, für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht, für die Verwaltung des Ordonnanzhauses, für Militärszwecke, für die öffentliche Beleuchtung, für Straßenreinigung und Besprengung, Abfallwesen, für die Bedürfnisanstalten, die Park- und Gartenverwaltung, die Gemeindefriedhöfe und das Krematorium.

Auch die Stats für den Hoch- und Tiefbau hat der Staatsauschuß zu unveränderlicher Genehmigung empfohlen. Die Resolution aus dem Vorjahre, die Brücke über die Ringbahn im Zuge der Dunderstraße in den Stats für 1916 zum Bau einzustellen, ist vom Magistrat abgelehnt worden.

Stadtv. Granewald (Linke) befürwortet diese Resolution mit der Maßgabe, zu wiederholen, daß die erforderlichen Mittel in den Stats für 1917 eingestellt werden.

Der Tiefbauetat wird genehmigt, die Resolution im Gegen-satz zur Beschlußfassung des Ausschusses angenommen.

Die Stats für das Märkische Museum, Volksbibliothek und Leshallen, Gehälter der Magistratsmitglieder gelangen ohne Debatte zur Freistellung.

Bei den Personalbesoldungen wird vom Ausschuss einstimmig beantragt, die Zahl der über fünf Stadtschreiberstellen aus fünf zu vermehren, gleichzeitig aber fünf Stadtschreiberstellen abzusehen. Eine Veränderung in den Stattausgabenbestimmen wird dadurch nicht bewirkt.

Die Versammlung erhebt die Resolution zum Beschluß und genehmigt auch diesen Etat sowie die Ausgaben für Ruhegehälter, Witwengehälter und Unterstützungen, für das Statistische Amt, für die Verwaltung der Dienstgebäude und Bureaus, für Geschäftsbedürfnisse und Projektkosten.

Ueber den Etat für das städtische Schulwesen referiert Stadtv. Sökeland (Linke). Die Spezialtats für die Gymnasien, Oberrealschulen, Studienanstalt, Realschulen, höhere Mädchenschulen (Lyceum), Turnhallen, Spielplätze, Turnwesen werden nach dem Entwurf festgesetzt.

Zum Etat für die Gemeindefschulen wird vom Ausschuss eine Resolution empfohlen, den Magistrat zu ersuchen, die Löhne der Schulheizer einer Nachprüfung zu unterziehen, um evtl. eine Erhöhung derselben herbeizuführen.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.) tritt dafür ein, daß die den Beamten mit bis zu 2500 M. Gehalt gewährte Kriegszulage auch den Lehrpersonen unter der gleichen Voraussetzung gewährt wird.

Der Etat wird genehmigt, die angeführte Resolution angenommen. Ohne Debatte genehmigt die Versammlung auch die Stats für die Taubstummenschule, die Blindenanstalt, den Wahl- und Pflichtfortbildungsunterricht, den gewerblichen Unterricht und die Berufsschule.

Stadtv. Manasse (Soz.) ist Ausschussreferent für die die Armenpflege betreffenden Etatteile. Die Stats für die offene Armenpflege, für die Hospitaler, die Waisenspflege, die Fürsorgeerziehung, die Arbeitshäuser und Arbeitsanstalten, das Obdach, die Desinfektionsanstalt II, die Hilfsstation für Geschlechtskranke, das Obdachhospital und die Nachschlüsselverwaltung werden ohne Diskussion nach dem Statutentwurf festgesetzt.

Referent für die städtische Kranken- und Irrenpflege, für die Badeanstalten, Heimstätten, für das Medizinallamt, die Zentrale Buch, das Wohnungsamt ist Stadtv. Körte (Fr. Fr.).

Für die Erhöhung der Bezüge der ständigen Chemiker, Bakteriologen, Botaniker usw. im Medizinallamt verwendet sich Stadtv. Dr. Ritter.

Stadtrat Hamburger: Nach dem Kriege wird der Magistrat der Frage näher treten.

Stadtv. Dr. Wenz (Soz.) erklärt gleichfalls diese Bezüge für ganz unzulänglich und ersucht den Magistrat, nach dem Kriege den betreffenden Assistenten wie den in ähnlicher Lage befindlichen Beamtenkategorien volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Die Stats werden genehmigt. Damit ist für heute die Etatberatung abgeschlossen.

Die Vermehrung der Zahl der Versammlungsmitglieder in der Wasserwerksdeputation um fünf auf zehn hat die Versammlung am 20. Januar d. J. beschlossen. Der Magistrat ist grundsätzlich mit der Vermehrung einverstanden, hält aber die Vermehrung um drei Stadtverordnete und ein Magistratsmitglied für ausreichend, so daß die Deputation künftig aus acht Stadtverordneten, vier Stadträten, zwei Bürgerdeputierten und dem juristischen Deponenten bestehen würde.

Die Versammlung tritt diesem Vorschlage bei. Runmehr kommen die oben genannten Nachtragsvorlagen zur Beratung.

Zu der Vorlage betr. die Kinderzulage bemerkt

Stadtv. Heimann (Soz.): „Was lange währt, wird gut“, sagt das Sprichwort. Danach hätte aus dieser Vorlage etwas ganz Hervorragendes werden müssen, denn seit fünf Monaten, seit November d. J., hat eine so hervorragende Körperkraft wie der Berliner Magistrat eine relativ so einfache Angelegenheit beraten und erörtern. Leider aber trifft das Sprichwort nicht zu. Der Magistrat hat den ganzen Winter verstreichen lassen und ist nun bereit, ab 1. April den Kindern die Hälfte der Erhöhung der Reichsunterstützung mit 75 Pf. monatlich „für die gute Jahreszeit“ und erst nachher, vom 1. November ab, die ganzen 100 Proz. mit 1,50 M. monatlich zuzubilligen. Gewiß ist die Hälfte besser als gar nichts, aber weshalb hat der Magistrat damit so lange gezögert? Er hätte sich sehr wohl unserm einstimmigen Votum anschließen und gleich jetzt die volle Erhöhung bewilligen können, ohne die schuldige Rücksicht auf die städtischen Finanzen, für die wir doch ebenso verantwortlich sind wie er, irgend zu vernachlässigen. Die hier gemachte Ersparnis kann doch den Kämmerer nicht glücklich machen, während die volle Erhöhung den Kindern sehr zu hoch gekommen wäre. Zwanzig Monate haben Magistrat und Versammlung auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge einträchtig zusammengearbeitet und können mit Genugtuung sagen, daß Berlin darin an allererster Stelle steht; da hätte der Magistrat doch auch auf ein etwas mehr Rücksicht nehmen sollen. Natürlich nehmen wir, was wir kriegen können, aber wir bedauern, daß der Magistrat hier eine Sparsamkeit hat walten lassen, die wohl nicht ganz angebracht war.

Stadtv. Labewig bedauert für seine Person ebenfalls, daß der Magistrat für den Sommer auf halbem Wege stehen geblieben ist; in einer Zeit, wo tagtäglich die Lebensmittelpreise steigen, wäre auch die volle Erhöhung wirklich nicht zuviel gewesen. Auf die eine Million hätte es auch nicht ankommen dürfen, wo so viel ausgegeben werden müsse. Die für den November vorgesehene Erhöhung werde hoffentlich nicht mehr in Kraft zu treten brauchen.

Die Vorlage wird darauf angenommen; ebenso werden ohne Debatte die beiden anderen Nachforderungen bewilligt. Schluß 7 Uhr.

Soziales.

Wahrjagen verboten.

Das Oberverwaltungsgericht hat in einem jetzt erlassenen Urteil das Recht der Polizeiverwaltung anerkannt, dem gemeingefährlichen Unfug der Wahrjagerei und einer Anfechtung des Wahrjagens zu verbieten.

Eine „weiße Frau“ in Reuß sagte für 50 Pfennig wahr. Sie hatte einen großen Zulauf von abergläubischen Mädchen und Frauen, denen ihr bühnenhaftes Spiel solch tolles Zeug aus der Tasche geholt wurde. Die Polizeiverwaltung von Reuß verbot nun der Frau das Wahrjagen und jede Anfechtung des Wahrjagens unter Androhung von 150 Mark Strafe für jede Zuwiderhandlung. Die weiße Frau klagte dagegen, hatte aber mit ihrer Weisagung, die Gerichte würden der Polizei Unrecht geben, Besch. Der Bezirksauschuß zu Düsseldorf und jetzt das Oberverwaltungsgericht wiesen die Klage ab. In den Gründen führt das Oberverwaltungsgericht aus: Das Wahrjagen verstoße gegen die guten Sitten. Dem unerfahrenen und leichtgläubigen Publikum würden über die zuünftigen Schicksale offenbar halblöse und willkürliche Angaben gemacht, die geeignet seien, zu schweren Schädigungen und Unruhmigungen zu führen, dem Aberglauben Vorkauf zu leisten, Vergernis zu erregen und das sittliche Gefühl zu verletzen. Dazu komme, daß das Publikum wirtschaftlich geschädigt werde, indem der Einzelne für die wertlosen Enthüllungen unnütz sein Geld vergebende. Alles das treffe auf die Art der Tätigkeit der Klägerin zu. Ganz besonders groß seien aber die Schädigungen in der Aufregung der Kriegszeit. Es müsse § 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts zur Anwendung kommen, wonach es Aufgabe der Polizei sei, das Publikum über einzelne Mitglieder derselben vor Gefahren zu warnen. Das Verbot des Wahrjagens war berechtigt. Es habe aber auch zugleich das Verbot der Anfechtung des Wahrjagens erlassen werden können, da anzunehmen sei, daß die Frau auch dazu schreiten würde, ihren Betrieb öffentlich anzukündigen.

Noch besser als verständiges Verbot der Wahrjagerei wäre eine Beseitigung der törichtsten Gläubigkeit zu Wahrjagereien. Die kann nur durch Bildung und Aufklärung herbeigeführt werden.

Die rechtliche Stellung des Zahlstellers.

Zu dem Gewerbegerichtsprozeß, über den wir unter der vorstehenden Ueberschrift am Dienstag berichteten, wurde angegeben, daß der Kläger als Zahlsteller im Café Bauer von seiner Gesellschaft eine Aufnahme — worunter wir die Einnahme aus Jede und Trunkgeld verstanden — 4 Proz. an die Firma abzugeben hat. Wie uns der Kläger mitteilt, ist die Abgabe nur von für jeden vereinbarten Beträgen zu leisten. Hiernach stellt sich das Ergebnis für den Zahlsteller also ein wenig günstiger, als wir annahmen. Die Berechnung, welche wir in unserer Betrachtung über den Prozeß anführten, soll natürlich nicht, wie der Kläger zu glauben scheint, die im Prozeß gar nicht erwähnte Höhe seines Einkommens angeben, sondern es ist ein willkürlich aufgestelltes Exempel, an dem wir die Verteilung der Trinkgelder zahlenmäßig darlegen wollten. Mit dem Fall des Klägers hat dies Exempel nichts zu tun.

Betrugsklage gegen Krawatten-Steinberg.

Steinberg zu zwei Jahren Gefängnis, seine Ehefrau zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Gegen den vielgenannten Kaufmann Adolf Steinberg und seine Ehefrau Gertrud Steinberg, die zusammen eine Krawattenfabrik in Berlin betreiben, wurde gestern beim Schöffengericht Berlin-Mitte wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges verhandelt. Beide hatten früher neben ihrer Fabrik eine Lehranstalt für Krawattenarbeiterinnen, die sogenannte „Krawattenakademie“, nachdem aber für diese eine Konzession erforderlich geworden war, die ihnen dann verweigert wurde, bezeichneten sie ihr Geschäft nur noch als Fabrik. Das hinderte indes nicht, daß sie in anderer Form auch den Unterrichtsbetrieb fortsetzten, weil Steinberg, wie er jetzt vor Gericht sagte, selber die nötigen Arbeiterinnen ausbilden wollte. Die Anklage legt ihm nun zur Last, daß er hierbei in betrügerischer Absicht durch Zeitungsinserate, deren Fassung regelmäßige Heimarbeit und hohen Wochenverdienst bis 30 M. habe erwarten lassen, Arbeiterinnen verlockt habe, bei ihm Unterricht zu nehmen und dafür 20 M. Lehrgeld dranzuführen. Er selber sei bei dem geringen Umfang seines Fabrikationsgeschäftes gar nicht in der Lage gewesen, dauernde Arbeit zu geben, und es sei ihm auch gar nicht hierum, sondern nur um den Gewinn aus dem Lehrgeld zu tun gewesen. Die Lehrdamen habe er nach Beendigung ihrer Lehrzeit möglichst bald wieder los zu werden gesucht, indem er zunächst Kautions für das Arbeitsmaterial forderte, nachher die gelieferte Arbeit bemängelte, Einwendungen mit Grobheiten beantwortete und so weiter.

Der Angeklagte Steinberg, der ohne seinen Verteidiger Rechtsanwalt Goldberg vor Gericht stand, weil dieser soeben zum Meer einberufen worden war, verteidigte sich selber in sehr langen Ausführungen mit nicht geringem Geschick. Festig wehrte er sich gegen den Vorwurf, ein Betrüger zu sein. Eine ihm vorgehaltene frühere Betrugsstrafe, die er vor Jahrzehnten als junger Mann erlitten habe, stehe in keinem Zusammenhang mit seinem jetzigen Geschäft, sondern habe „mit einem Anzug zu tun“. Daß sein Geschäftsbetrieb als einwandfrei gelten könne, sei ihm in wiederholten Projekten durch vier Staatsanwälte bestätigt worden. Auch sei sein Geschäft nicht, wie der Staatsanwalt behauptete, durch das Oberkommando geschlossen worden, vielmehr habe das Oberkommando nur eine öffentliche Warnung erlassen, im übrigen aber gestattet, daß seine Zeitungsinserate weiter veröffentlicht würden. Er habe den Verlautungen nichts versprochen, habe ihnen im Gegenteil ausdrücklich erklärt, daß sie nach Beendigung der Lehrzeit nicht schon fertige Arbeiterinnen seien, habe auch in seinem Lehrvertrag „das alles schwarz auf weiß gegeben“. Das Gewerbegericht, auf dessen Urteil gegen Steinberg der Staatsanwalt hinwies, könne doch — antwortete Steinberg — nicht mit unserem Gericht hier verglichen werden. Er sei das Opfer einer Zeitungshetze, aber von diesem Gericht erwarte er sein Recht.

Die Anklagebehörde hatte eine ansehnliche Zahl Zeuginnen gegen ihn aufgeführt, Frauen und Mädchen, die auf Steinbergs Inserate sich gemeldet, gegen hohes Lehrgeld bei ihm gelernt und dann lohnende Heimarbeit von ihm erwartet hatten. Diejenigen, die das Gericht vernahm, sagten übereinstimmend aus, daß sie durch die Erfahrungen, die sie mit ihm machen mußten, bitter enttäuscht worden seien. Eine Zeugin schilderte, wie er auf ihre Weigerung, die geforderte Kautions von 5 M. zu zahlen, sie hinausgeworfen und bedroht und hinter ihr her seine Schritte zur Tür hinausgesteckt habe. Eine andere Zeugin erzählte eine lange Leidensgeschichte darüber, wie sie zwar einige Male Arbeit erhalten habe, zum Beispiel ein halbes Duzend Krawatten für 45 Pf. Arbeitslohn, ein ganzes Duzend Krawatten für 75 Pf. Arbeitslohn, wie sie aber nachher immer wieder hingehalten worden sei. Gegenüber allen Aussagen der Zeuginnen berief der Angeklagte sich auf den Wortlaut seines Lehrvertrages und auf ein in seinen Räumen ausgehängtes Plakat. Er könne doch nichts dafür, daß — wie ein paar Zeuginnen zugeben — diese Schriftstücke nur flüchtig oder gar nicht gelesen worden seien. Eben darauf habe Steinberg geredet, meinte der Vorsitzende. Vernommen wurde auch Fräulein Dr. Gaebel aus der Auskunftsstelle für Heimarbeit-Reform, die vor dem Gewerbegericht zwei Klägerinnen gegen Steinberg vertreten hat. Sie bezeugte unter anderem, ein gegen das Geschäft Steinbergs eingerichteter Ueberwachungsdiens habe ergeben, daß er zu der Zeit nur einzelnen Arbeiterinnen etwas Arbeit gegeben habe. Vernichtet für Steinberg waren die Bekundungen zweier Sachverständigen aus der Krawattenbranche. Herr Alfred Lehmann, Vorstandmitglied im Verein Berliner Krawattenfabrikanten, gab sein Gutachten dahin ab, man habe die von Steinberg ausgebildeten Arbeiterinnen nicht brauchen können. Notorisch habe er durch seine Lebrtätigkeit die Vermissten der Armen ausgelugt, aber ihm sei nicht beizukommen gewesen. Herr Paul Schröder, Prokurist einer größeren Firma der Branche, der gleichfalls als Sachverständiger vernommen wurde, hielt für undenkbar, daß in so kurzer Zeit bei Steinberg etwas Rechtes zu lernen gewesen sei. Drei, sechs, neun, auch zwölf Monate brauche eine Arbeiterin, ehe man sie für eine gute Krawattenfabrik beschäftigen könne. Steinberg selber hätte gar nicht alle die Arbeiterinnen beschäftigen können, die er als Lehrlinge annahm.

Der Staatsanwalt sah als erwiesen an, daß Steinberg und seine Ehefrau sich des fortgesetzten Betruges schuldig gemacht haben. Durch die verlockenden Inserate seien die Verlockungen geworden worden, durch einen Lehrvertrag mit allen möglichen Klauseln habe Steinberg sich den Rücken zu deden gesucht, seine Absicht sei aber von vornherein eine betrügerische gewesen, wie ja auch ein Gewerbegerichtsurteil ihm arglistige Täuschung zur Last lege, durch die der Lehrvertrag mit der Klägerin zustande gekommen sei. Sein gewissenloses Treiben rechtfertige eine Strafe von zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust und die sofortige Verbannung; gegen die Ehefrau könne ein Jahr Gefängnis genügen. Der Angeklagte Steinberg hat um Freisprechung. Nachdem vier Strafklammern ihm Korrektheit seines Verhaltens bescheinigt hätten, wolle ihn jetzt das Schöffengericht verurteilen? Zu ihm seien ja gar nicht hungernde Personen gekommen, sondern Damen aus besseren Kreisen. Er könne beweisen, daß seine Lehrlinge auch anderswo Beschäftigung gefunden hätten.

Das Urteil lautete gegen Steinberg auf zwei Jahre Gefängnis, auch wurde sofortige Verbannung beschlossen. Frau Steinberg kam mit drei Monaten Gefängnis davon. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Proß, bezeichnete in der Urteilsbegründung den Angeklagten Steinberg als einen gemeingefährlichen Menschen. Zweifelslos habe er betrügen wollen und nur um das Lehrgeld sei es ihm zu tun gewesen.

So hat denn nun endlich Steinberg Richter gefunden, die sich nicht irre machen lassen. Steinberg war seit nahezu einem Jahrzehnt Stammgast auf dem Gewerbegericht als Beklagter. Seine Praktiken legten wir im April 1908 bloß und warnten die Mädchen und Frauen vor seiner „Akademie“. Das trug uns eine Beleidigungsklage ein. Und Steinberg hatte in dieser Erlauf, trotzdem in erdrückender Weise durch die Aussagen der Magistratsräte v. Schulz und Lechow sowie durch eine Anzahl Zeuginnen klar erwiesen wurde, daß die armen Arbeiterinnen um ihr Geld geprellt waren. Das Gericht nahm an, allerdings seien Steinbergs Prospekte nicht einwandfrei, aber der Wortlaut der Lehrverträge sei

entscheidend. Betrug liege deshalb nicht vor. Die Geprüften hätten genauer zusehen sollen. Zur Kritik fordere freilich Steinbergs Verhalten heraus. Aber dem „Vortwärts“ siehe der Schutz der Wahrnehmung berechtigter Interessen im Sinne des § 193 Str.-G.-B. nicht zu. Sein verantwortlicher Redakteur — damals Genosse Davidsohn — müsse deshalb zu Strafe und, weil durch die Warnung Steinberg geschädigt sei, auch zu einer Buße verurteilt werden. Unser Redakteur wurde vom Schöffengericht am 24. Oktober 1908 zu 150 Mark Geldstrafe und 300 Mark Buße verurteilt. Dies Urteil wurde vom Landgericht am 27. Januar 1909 bestätigt. Die Strafe mußte gezahlt werden. Auch die Buße. Freilich wurde erreicht, daß die Buße ein Mädel erhielt. Dem Steinberg statt Zahlung für Arbeiten zu leisten den Offenbarungseid geleistet hatte. Steinberg war darüber entsetzt, es half aber nichts: seine Buße war rechtmäßig gepfändet. Auch in der späteren Zeit bis heute haben wir Steinbergs Praktiken bespottet und erreicht, daß zunächst beim Gewerbegericht das Recht gegen Steinberg zur Geltung kam. Vor wenigen Monaten hatten wir dann die Genehmigung, daß der Oberbefehlshaber in den Marken vor Steinbergs Akademie warnte und nun endlich hat auch ein Strafgericht die Praktiken des Akademiedirektors so bemerkt, wie es nötig war. Unser Kampf gegen die Unrechtheit ist also doch schließlich ein siegreicher geworden.

Die Wilmersdorfer Fleischhalle.

Die Frage der Beschaffung von billigeren Lebensmitteln ist jetzt für die Gemeinden so wichtig geworden, und wird nach Beendigung des Krieges ebenfalls noch bedeutende Aufmerksamkeit erfordern, daß es angebracht erscheint, den bestehenden Einrichtungen der Gemeinden auf diesem Gebiete eine größere Aufmerksamkeit zu widmen. Abgesehen von den Notstandsmaßnahmen, die Groß-Berliner Gemeinden in Krisenzeiten getroffen haben, über die daher auch nur unzulängliche Erfahrungen vorliegen, ist die Stadt Wilmersdorf seit Jahren dazu übergegangen, die Beschaffung von Fleisch zur unmittelbaren Verteilung an die Verbraucher in eigene Regie zu übernehmen. Und die besonderen Erfahrungen, die man mit dieser Einrichtung in der Kriegszeit gemacht hat, sind immerhin so wichtig, daß sie verdienen, einem größeren Kreise bekannt zu werden. Ueber die geschäftliche Entwicklung dieser Wilmersdorfer Fleischhalle ist zunächst zu berichten, daß der Umsatz, der im Jahre 1913 die Höhe von 486 415 M. erreichte, im Jahre 1914 auf 589 553 M. stieg und im Kriegsjahre 1915 sich auf 1 426 936 M. erhöhte, eine Steigerung, die allerdings zum Teil auf die erhöhten Fleischpreise zurückzuführen ist. Dieser Umsatz verteilt sich auf 707 744 Käufer, so daß also im Durchschnitt jeder Käufer für etwas mehr als 2 M. Ware einkaufte.

Ueber das geschäftliche Ergebnis des letzten Jahres ist zu bemerken, daß der 1 426 936 M. betragende Umsatz einen Bruttogewinn von 259 361 M. = 20,3 Proz. abwarf. Nach Abzug der 207 288 M. betragenden Unkosten verblieb noch ein Nettogewinn von 82 152 M. = 5,7 Proz. Dieses günstige Resultat findet seine Erklärung in den vorteilhaften Geschäftsabläufen, die erzielt wurden. Die Inanspruchnahme der Halle war so stark, daß mehrere Erweiterungsarbeiten vorgenommen werden mußten, und die Fabrikation von Wurst in großem Umfange aufgenommen wurde. Beschäftigt waren im Geschäft durchschnittlich 70 Personen.

Das interessanteste Ergebnis bildet jedoch eine Gegenüberstellung der Fleischpreise, die im Kleinhandel und in der Fleischhalle in den beiden letzten Jahren gefordert wurden.

Es kostete das Kilo:

	Rindfleisch		Schweinefleisch	
	1914	1915	1914	1915
Januar	181,0	158,2	213,3	168,9
Februar	187,0	158,2	208,8	175,1
März	187,8	158,2	206,6	167,6
April	203,3	157,5	220,0	189,7
Mai	200,0	157,5	206,6	189,7
Juni	186,6	157,5	206,6	195,1
Juli	196,6	154,2	206,6	185,1
August	210,0	165,6	200,0	243,0
September	200,0	165,6	206,6	246,4
Oktober	163,3	178,6	300,0	246,4
November	200,0	178,6	300,0	259,2
Dezember	200,0	178,6	316,6	259,2

*) Höchstpreis.
Weinlich liegen die Schwankungen bei Hammel- und Kalbfleisch. Bei dieser Gegenüberstellung fällt sofort auf die geringe Spannung in Friedenszeiten und die enorme Steigerung in den letzten Kriegsmontaten des Jahres 1915. Während z. B. im Januar 1914 bei Rindfleisch der Preisunterschied zwischen Kleinhandel und Fleischhalle rund 11,9 Pf. pro Pfund betrug, waren es im Dezember 1915 schon 28,7 Pf. Noch schlimmer ist aber das Verhältnis beim Schweinefleisch. Dort betrug die Spannung im Februar 14 und 6 Pfennig pro Pfund, im Oktober 15, den letzten Monat vor Erlaß der Höchstpreise jedoch 68,9 Pf. Beim Erlaß dieser Höchstpreise mußte die Fleischhalle um 4,4 Pf., der Kleinhandel um 73,3 Pf. pro Pfund mit den Preisen heruntergehen.

Im Jahresdurchschnitt kostete ein Kilo:

	1914		1915	
	Kleinhandel	Fleischhalle	Kleinhandel	Fleischhalle
Rindfleisch	195,4 Pf.	164,0 Pf.	262,1 Pf.	212,9 Pf.
Schweinefleisch	188,8	168,5	333,9	249,2
Kalbfleisch	228,8	191,9	302,9	248,3
Hammelfleisch	220,2	157,8	305,0	244,2

*) 10 Monate bis Erlaß der Höchstpreise.

Diese Gegenüberstellungen beweisen jedenfalls, daß wenigstens in dieser Frage der Wilmersdorfer Magistrat etwas geleistet hat, das sich sehen lassen kann. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß die dortige Bevölkerung nach der Struktur ihrer sozialen Lage die Kosten für die notwendigen Lebensmittel, auch in Teuerungszeiten, immer noch eher erschwigen kann, als es in vielen anderen Groß-Berliner Gemeinden der Fall ist, wo eine wesentliche ärmere Bevölkerung vorhanden ist. Um so mehr sollten diese Gemeinden die Verpflichtung fühlen, der Lebensmittelfürsorge eine größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen.

Aus Groß-Berlin.

Eine ungewöhnlich stille Staatsberatung.

Die Zulage der Kriegerkinder.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung begann gestern mit der zweiten Lesung des Etats für 1916. Der Ausschuss hatte einen großen Teil bereits durchberaten und empfahl alles unverändert zur Annahme. Auch im Plenum wurde nichts mehr geändert; jeder Versuch dazu wäre aussichtslos gewesen. Ohne nennenswerte Debatte wurde eine Reihe von Einzelrats nach dem Entwurf festgelegt.

Zu beschließen war auch über den Magistratsantrag, der den Kriegerkindern endlich ein Mehr an Unterstützung gewährt. Daß es im Sommer pro Monat nur 75 Pfennig statt der erwarteten 1,50 Mark sind, rügte Genosse Sei-

mann als eine durchaus unangebrachte Sparsamkeit, und auch der freimütige Stadtverordnete Ladewig stimmte ihm darin bei. Am Magistratsrat schwebt man dazu. Der Antrag wurde angenommen.

Die Meldepflicht der Ausländer.

Berlin, 23. März. Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Polizeipräsident von Berlin weist erneut darauf hin, daß alle Ausländer, also auch die Angehörigen der uns verbündeten Staaten, bei jedem Aufenthaltswechsel, selbst wenn es sich nur um eine Besuchs-, Erholungs- oder Geschäftsreise und dergleichen handelt, sich jedesmal persönlich unter Vorlegung ihres Passes oder Passersatzpapiere auf dem Wohnrevier ab- und anzumelden haben, das dann den Pass oder das Passersatzpapier mit entsprechendem Vermerk besieht. Wer von hier abfährt, ohne den Abmeldevermerk des Reviers, macht sich strafbar und gerät außerdem in die Gefahr, unterwegs angehalten und von der Grenze aus nach Berlin zurückgeschickt zu werden. Derartige Zurückschickungen sind in letzter Zeit wiederholt vorgekommen. Die Angehörigen feindlicher Staaten werden ferner auf die Anordnung des Oberkommandos in den Marken vom 30. Oktober 1915, die sich auf russische Arbeiter bezieht, und auf die alle feindlichen Ausländer betreffenden Anordnung der selben Behörde vom 21. Januar 1916 aufmerksam gemacht. Beide Anordnungen, erstere auch in polnischer Sprache, hängen in den Revierbüros zur Einsichtnahme aus. Besonders wichtig ist die Bestimmung, daß feindliche Ausländer zum Verlassen des Landespolizeibereichs, ja selbst schon zum gelegentlichen Überschreiten seiner Grenze einer schriftlichen, beim Revier zu beantragenden Genehmigung der königlichen Kommandantur Berlin bedürfen. Ohne diese Genehmigung sind sie straffällig. Dagegen dürfen sie sich innerhalb des Landespolizeibereichs von jetzt ab frei bewegen. Die Pflicht zu den regelmäßigen Meldungen auf dem Wohnrevier und zum sogenannten Wohnungsantrag bleibt jedoch bestehen. Die beiden vorgenannten Anordnungen des Oberkommandos sind auch für alle diejenigen Arbeitgeber von großer Bedeutung, die feindliche Ausländer beschäftigen. Es ist daher jedem derartigen Arbeitgeber dringend zu raten, sich dieserhalb mit dem für die Stelle seines Betriebes zuständigen Polizeirevier in Verbindung zu setzen, zumal den Revieren zur Durchführung dieser Anordnungen nunmehr ausführliche Anweisung zugegangen ist. Wer einen russischen Arbeiter ohne vorchriftsmäßig umgeschriebene Arbeitslegitimationskarte in Arbeit nimmt, kann mit Geldstrafe bis zu 300 M. bestraft werden.

Unerwünschte Wirkung von Aufhebung von Höchstpreisen.

Kaum daß die eine oder andere Kommunalbehörde den Höchstpreis für bestimmte Nahrungsmittel aufgehoben hat, so greift auch schon in weniger urteilsfähigen Schichten der Händlerschaft, zumal bei Hölzern und Hütten, die Auffassung Platz, daß nunmehr ihrem Ermessen in der Bestimmung der Verkaufspreise freie Hand gelassen sei. Insbesondere ist für Rohröhren, Strohrohren und einfache Kohlsorten, also diejenigen Nahrungsmittel, die in den nährstoffreichsten Schichten der Bevölkerung neben der Kartoffel als Sättigungsmittel hauptsächlich in Betracht kommen, ein Preis von 25 bis 45 Pf. für das Pfund gefordert und auch bezahlt worden, dabei oft für eine nichts weniger als einwandfreie Ware, für zum Teil erstore und verkaufte, mit viel Blattkraut versehene Röhren, so daß sich für die brauchbaren Stücke vielfach ein Kettenpreis von gut 50 Pf. für das Pfund ergeben hat.

Dem freien Beobachter der Verhältnisse erscheint es nicht verwunderlich, daß derartige Waren gerade von Händlern feilgehalten wurden, die vorher, unter der Herrschaft der Höchstpreise, wochenlang überhaupt keine ähnlichen Erzeugnisse an den Markt gebracht hatten.

Weiter lassen sich die Handfrauen, die unter einem solchen Verhalten zu leiden haben, nur schwer dazu bestimmen, ihre Erfahrungen öffentlich zu bekunden, weil sie fürchten, sonst vollständig vom Besuche bestimmter Nahrungsmittel abgeschnitten und boykottiert zu werden. Um so wichtiger werden die Organe der Öffentlichkeit ein Verhalten wie das geschilderte brandmarken müssen, um der Bevölkerung Schutz vor Ausbeutung zu gewähren.

Keine Butterlieferung ohne Butterkarten.

In der Öffentlichkeit ist vielfach die Meinung verbreitet, daß die Butterhändler an Gastwirte, Anstalten, Konditoren und dergleichen Butter ohne Butterkarten abgeben dürfen. Dies ist unzutreffend. Auch diese Abgabe der Butter darf nur gegen Vorlage von Butterkarten und Abtrennung von Abchnitten erfolgen, gleichviel auch, ob die Abgabe durch den Groß- oder den Kleinhändler erfolgt. Andernfalls tritt Bestrafung ein. Gasthöfe, Speisebetriebe, Krankenhäuser usw. hatten entsprechend der Bekanntmachung vom 4. März 1915 ihren Butterbedarf bei ihrer Gemeindeverwaltung anzumelden, von welcher dann die Zuteilung einer angemessenen Anzahl Butterkarten erfolgte.

Teure Knochen.

Man schreibt uns: Sie haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, welcher Unfug mit dem sogenannten „Knochenfleisch“ oder „Knochenknödel“ getrieben wird. Im Anfang des Krieges wurden die Knochenabfälle aus den Konfektfabriken wenigstens zu angemessenen Preisen unter die Bevölkerung gebracht. Seitdem aber das Fleisch so teuer geworden ist, daß die Arbeiterklasse nur selten an diesen Genuß denken kann, nutzen gewissenlose Händler die Not der armen Hausfrauen aus, um ihnen nunmehr auch die Knochen zu Preisen zu verkaufen, die geradezu eine Herausforderung bedeuten. So wurden auf den Märkten in Groß-Berlin in diesen Tagen 60, 70 und sogar 80 Pf. für das Pfund Knochen gefordert, also ungefähr soviel als vor einem Jahre das Fleisch gelostet hat.

Die sogenannte „Krautbrühe“, die solche Knochen liefern, ist bekanntlich eine fromme Selbsttäuschung. Es wäre zu wünschen, daß die zur Prüfung der Preise eingesetzten Kommissionen diesem Dusch, der sich auf Kosten der Vermissten unter den Armen breit macht, mit aller Energie zu Leibe gehen.

Arbeiterbildungsschule. Der vierte Vortragsabend im Julius „Die Bedeutung der Musik für unser Gefühlsleben“ findet nicht Sonntag, den 26. März, sondern Sonntag, den 2. April, statt.

Wegen Heiratschwindels und Erpressung wurde ein früherer Musiker Max Witte, der den Strafbehörden schon länger bekannt ist, wieder festgenommen. Witte suchte auf der Straße die Bekanntschaft von heiratensüchtigen Mädchen und Witwen und führte sie bei ihnen als Massieur, Elektrotechniker oder dergleichen ein. Er mußte sie besonders durch das Heiratsversprechen bald so zu betören, daß sie ihm gegenüber die Vorsicht vergaßen. Sobald er so weit war, setzte der „Ehelandidat“ ein anderes Gesicht auf. Statt durch Liebesbeteuerungen verlockt er jetzt durch Drohungen mit Bloßstellung Geld aus den Mädchen herauszuschlagen. Nachdem er so schon mehrere um größere Summen gebracht hatte, kam er jetzt endlich an die Unrechte. Diese ließ den Geliebten nicht mehr aus den Händen, und so mußte er wohl oder übel den Gang zum Standesbeamten antreten. Dafür rächte er sich, indem er nun in wenigen Wochen das ganze Vermögen der jungen Frau durchbrachte. Dann verließ er die Frau und wandte sich wieder den Bräuten zu, die er noch an der Hand hatte. Auf Anzeige der betrogenen Frau beschaffte sich jetzt die Kriminalpolizei mit dem Schwindler und nahm ihn fest, als er wieder zu einem Stellbäcker in einem Vergnügungsort eintraf. Bisher konnte dem Verhafteten nachgewiesen werden, daß er zu gleicher Zeit außer der, die er heiratete, noch vier Bräute hatte. Wahrscheinlich sind es aber noch viel mehr. Mitteilungen von Betrogenen nimmt die Kriminalpolizei im Zimmer 103 entgegen.

Wer ist das Kind? Frau D. in der Hausburgstraße zeigte am 6. Februar d. J. in einem hiesigen Blatte an, daß sie ein neugeborenes Mädchen in Pflege nehmen wolle. Eine Frau, die sich Zempke aus der Neuen Königsstr. 27, Seitenflügel IV nannte, brachte ihr ein Mädchen, das sie Erta rief und das neun Wochen alt sein sollte. Sie erzählte, ihr Mann sei Krieger und schwerwund, sie selbst arbeite in einer hiesigen Fabrik und müsse die Kleine in Pflege geben, weil sie noch ein Mädchen von drei Jahren habe. Die Frage der Frau D. nach dem Geburtstag der Erta überhörte sie. Sie gab keine Antwort darauf. Frau D. dachte sich aber dabei nichts Böses. Die angebl. Mutter zahlte für die Pflege 10 M. an und wollte am nächsten Tage die Kinderwäsche bringen. Als sie ausblieb, suchte Frau D., ging nach der Neuen Königsstraße und erfuhr, daß dort die Kriegerfrau Zempke ganz unbekannt ist. Auch die Angabe, daß das Kind bisher bei einer Pflegerin am Spittelmarkt in Pflege gewesen war, erwies sich als unwahr. Hiermit ist sicher, daß sich die Frau lediglich eines ihr oder einer anderen lästigen Kindes hat entledigen wollen. Es handelt sich um eine Frau von etwa 28-30 Jahren. Sie hat hellblondes, sehr spärliches Haar und eine nachlässige Haltung, trägt einen schwarzen Mantel, einen schwarzen Rock und einen Anzeiger mit Goldfassung und sprach deutsch mit polnischem Klang. Frau D. will das Kind gern behalten, möchte aber doch gern etwas Näheres über seine Herkunft wissen. Sie hat sich deshalb an die Polizei gewandt, obwohl eine strafbare Handlung ja nicht vorliegt. Es ist aber noch nicht gelungen, über die Mutter Näheres zu erfahren.

Zur Gaspreiserhöhung.

Der zur Vorberatung der Vorlage auf Erhöhung des städtischen Gaspreises eingesetzte Ausschuss der Stadtverordneten hielt gestern eine Sitzung ab. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt. Die nächste Sitzung soll am Sonnabend stattfinden.

Im **Walhalla-Theater** am Weinbergsweg ist eine neue Revue heraufgebracht worden: „Es gibt nur ein Berlin“. Unter einem lustigen Wortwand werden bis da alle Berliner Kriegserlebnisse vorgeführt. Vom Schumann, der die Frauen vor dem Futterladen mit dem Hinweis zu beruhigen versucht, daß seine Frau sich auch nicht kundenlang dort hinfesse, bis zu Philipp Scheibemann, dem allerdings nur ein Coupletvers getrieben wird. Vom „Vorwärts“-Verbot bis zur Brotkarte und den fleischlosen Tagen. Auch die verschiedensten neuen Frauenberufe lernen wir kennen. Und welche Anforderungen nach der Richtung hin allein an das weibliche Personal des Walhalla-Theaters gestellt werden, mag man daraus ersehen, daß Wela Koster auftreten muß als Luftaufschaufler, als Vollejung, Kommandant der weiblichen Jugendwehr und Anna von der Elektrik! Und wie sie auftritt! Traute Tinius muß nacheinander mimen eine Tochter des Königs Rudolf I von Bananien, ein Hollemädel, die Brotkarte, den eisernen Fäuser und Paula von der Post. Nur Grete Wobbe läuft unverändert in Person der beiratungsfähigen Florida von Bananien durchs ganze Stück, gewissermaßen als der seibene Faden, der die Handlung zusammenhält. Neben diesen Damen taten sich besonders hervor die Herren Hermann Hesse, Karl Groth und Hans S. a. l. Lebende Bilder, Hohlkühler und ein gutes Ballet sorgen für die eigentlich völlig überflüssige Abwechslung in dem Stück, das von einem Rahmen prächtiger Dekorationen eingefasst wird.

Vor dem Futterladen besahen eine Arbeiterfrau aus der Hohenstraße zu Neudölln. Sie stand in einem langen Zuge vor einem Geschäft in der Kaiser-Friedrich-Straße und entdeckte plötzlich, daß ihr Portemonnaie mit 54 M., das sie unvorsichtig in der äußeren Schürzentasche getragen hatte, verschunden war. Ihr Verdacht fiel auf drei Frauen, die neben ihr standen. Diese waren sofort bereit, auf der Polizeiwache ihre Kleidung durchsuchen zu lassen, das Portemonnaie aber fand sich nicht.

Vortrag über Kinderernährung.

Nachdem der Magistrat im Verein mit der Berliner medizinischen Gesellschaft bereits am 26. Februar im Langenbeck-Virkow-Saale, Luisenstr. 85/89, einen gemeinverständlichen für Frauen und Männer aus dem Volke berechneten Vortragsabend veranstaltet hatte, wird ebenda am Sonnabend, den 26. März 1916, abends 8 Uhr, Professor Dr. Langstein über „Die häufigsten Fehler in Kinderernährung und Kinderpflege“ sprechen. Die Verteilung der kostenlosen Eintrittskarten erfolgt durch die Bezirksvorsteher. Auch im Langenbeck-Virkow-Saale sind Karten am Vortragsabend zu haben.

Die Berliner medizinische Gesellschaft hat bei der Auswahl der Vortragsgegenstände ein Gebiet bevorzugt, das geeignet erscheint, den Veranlassungen das allseitige Interesse in hohem Maße zu sichern.

Ein Findling beschäftigt die Neudöllner Polizei. Als ein Mädchen aus dem Hause Donaustr. 115 vom Einholen zurückkehrte, fand es hinter der Haustür ein neugeborenes Kind auf dem Flur liegen. Es erschrak heulend und rief um Hilfe. Hausbewohner, die nun herbeieilten, nahmen sich des Kindes an und übergaben es der Polizei. Diese brachte es nach dem Waisenhaus. Wie es scheint, ist das Kind an der Fundstelle zur Welt gekommen. Die Mutter hat sich dann unbemerkt eilig entfernt.

Zum bevorstehenden Umzuge und Frühjahrsdreimachen bringt der Zentralverein für Arbeitsnachweis seine kostenfreie Vermittlung von zuverlässigem Wäsche- und Reinmachpersonal in Erinnerung. Bestellungen werden durch Postkarte: E. 54, Rüdigerstraße 9, oder telefonischen Anruf: Amt Norden 3781/3797, angenommen. Die Auszahlung erfolgt direkt an die arbeitenden Frauen. Es findet kein Bezug statt, der sich bei den Privatreinigungsanstalten auf 50-70 Pf. pro Arbeitstag beläuft.

Bermittelt. Sehr um Sorge sind die Angehörigen um das Schicksal des Fälliers Franz Wächter vom 4. Garberegiment, 10. Komp. Wächter wurde am 7. September 1914 am linken Unterschenkel verwundet. Seitdem blieben alle Nachforschungen nach ihm ergebnislos. Vielleicht kann einer seiner Kameraden Nachricht geben an J. Wächter, Neudölln, Wagnersstr. 18 L. — Vermittelt wird auch seit dem 7. November 1914 der Reservist Ernst Klotz von der 6. Kompanie des 142. Infanterieregiments. Nachrichten werden an Johann Klotz, Berlin, Grünauer Str. 26, erbeten.

Aus den Gemeinden.

Regelung des Kartoffelverkaufs in Charlottenburg.

Der Magistrat der Stadt Charlottenburg hat bekanntlich von der Einführung der Kartoffelkarte Abstand genommen. In Charlottenburg erfolgt von Montag, den 27. März, ab der Verkauf von Kartoffeln an die Charlottenburger Einwohnerschaft aus den als städtische Verkaufsstellen zugelassenen Läden und auf den Wochenmärkten nur noch gegen Vorzeigung der Lebensmittelkarte. Die Kleinbändler sind verpflichtet, von jedem Käufer die Vorzeigung dieser Lebensmittelkarte zu fordern. Jeder Charlottenburger Haushalt erhält eine auf seinen Namen von der Brotkommission ausgestellte Lebensmittelkarte. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten erfolgt, wie die Ausgabe der Brotkarten, durch Vermittlung der Hausbesitzer oder Hausverwalter, die die für ihre Haus bestimmten Lebensmittelkarten am Freitag, den 24., und Sonnabend, den 25. d. Mts., in der Zeit von 10-11 Uhr vormittags und 4-5 Uhr nachmittags von den Brotkommissionen abholen haben. Die Lebensmittelkarten sind dann sofort den einzelnen Haushaltungen zu überbringen. Die Karte wird in zwei Farben (grün und rot) und in drei Serien (A, B und C) ausgegeben. Diese Unterteilung nach Farben und Serien hat vorläufig keine Bedeutung. Sie ist nur aus Vorbeugung getroffen, um, wenn es sich als nötig erweist, für die einzelnen Farben und Serien bestimmte Kauforte vor-

zuschreiben. Die bisher ausgegebenen grauen Lebensmittelkarten sind von Montag, den 27. d. Mts., ab ungültig. Der Kartoffelbändler darf an den einzelnen Käufer auf einmal nur Mengen von höchstens 10 Pfund abgeben. Gast- und Schankwirtschaften und Pensionate haben ihren Kartoffelbedarf bei der Lebensmittelabteilung des Magistrats anzumelden, die die Zuteilung regelt.

170 Proz. Einkommensteuer in Tegel.

Die Gemeindefürsorge für die Staatseinkommensteuer wurden in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung um 20 Proz., also auf 170 Proz. erhöht, ebenso die Gewerbesteuer, die nunmehr mit 200 Proz. erhoben werden soll. Die Betriebssteuer ist wie bisher auf 100 Proz. belassen worden.

185 Prozent Gemeindesteuern in Köpenick.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung stand unter dem Zeichen der Staatsberatungen. Im Vordergrund stand die Erhöhung der Gemeindesteuern von 155 auf 185 Prozent. Köpenick gehört zu den Städten der Mark Brandenburg, die immer mit den höchsten Zuschlägen zu rechnen hatten. Durch Ausbau der Regiebetriebe gelang es in den letzten Jahren vor dem Kriege, die Gemeindesteuern von 197 auf 140 Prozent herabzubringen. Am den Etat 1916 zu balancieren mußte jedoch eine große Defizitalleihe von 100 000 M. in Einnahme gestellt, sowie bei den Ausgaben die Aussetzung von zwei Zinsgraten respektive deren Ermäßigung vorgenommen werden. Trotz dieser Erleichterungen ist infolge der vielen Steuererhöhungen eine Erhöhung der Gemeindesteuern um 30 Prozent notwendig. Die übrigen Steuerarten bleiben unverändert. Der Etat balanciert in Ein- und Ausgaben mit 2 170 819 M. An Steuerausfällen gegenüber dem vorjährigen Etat sind angelegt: Umlagesteuer 20 000 M., Biersteuer 15 000 M., Luftfahrtssteuer 5000 M. Bei den Ausgaben ist hervorzuheben: 279 830 M. für allgemeine Verwaltung, Polizeikosten 92 944 M., Schulen 554 684 M., Armenpflege 78 187 M. und Straßen- und Brückenbau 97 727 M. Die Kreissteuern sind um 45 400 M. gestiegen und mit 191 900 M. eingelegt. Von einer Einzelberatung des Etats wurde Abstand genommen. In der kurzen Generaldebatte wurden verschiedene Mängel in der ärztlichen Schulpflege zur Sprache gebracht. Vom Magistratsdirigenten wurde Abhilfe versprochen. Zum Schluß bewilligte die Versammlung noch 500 000 M. zum Ankauf von Lebensmitteln. In dem mündlich erstatteten Verwaltungsbericht hob der Magistratsvertreter hervor, daß wenn auch Köpenick mit 185 Proz. Gemeindesteuer an der Spitze der Groß-Berliner Gemeinden stehe, so beruht die Einnahmehöchstleistung doch auf gesunder Grundlage, er verwies dabei zunächst auf die Werke der Stadt sowie auf den ausgedehnten Waldbesitz hin.

Jugendweiche in Reinickendorf-Ost.

Die diesmalige Schulentlassungsfeier findet Sonntag, den 26. März, nachmittags 1/2 5 Uhr, im Jugendheim, Hoppestraße 82, statt. Genosse Siebel wird die Ansprache halten. Harmoniumspiel sowie Gesangsvorträge des Jugendchors in Verbindung mit dem Vortrag entsprechender Gedichte werden der Veranstaltung ein durchaus würdiges Gepräge geben. Alle Genossinnen und Genossen werden gebeten, ihnen bekannte Schulentlassene auf die Feier hinzuweisen.

Wahlergebnis in Oberschöneweide. Bei den Wahlen zur Gemeindevertretung wurden gewählt: in der dritten Abteilung Kassendameier Burgsch mit 124, Gastwirt J. mberg mit 113 Stimmen; in der zweiten Abteilung die Hausbesitzer Johannsen, Ladewig und Schmedel mit je 50 Stimmen und in der ersten Klasse Straßenbahndirektor Daumer, Kommerzienrat Jung, Forstmeister Kottmeier und Direktor Passavant.

Gemeindevertreterwahlen.

Reinickendorf-West. Infolge der Einberufung des Genossen Franz Bahr zum Heere hat sich ein Kandidatenwechsel zur diesjährigen Gemeindevertreterwahl, welche am Sonntag, den 26. März, stattfindet, als notwendig erwiesen. Da es nicht mehr möglich war, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, so hat der erweiterte Wahlvereinsvorstand einstimmig beschlossen, den Genossen Veruhard Konkowski als Kandidat der Sozialdemokratie im 1. Bezirk (Reinickendorf-West) aufzustellen.

Wittenau-Hohereiche. Die diesjährige Ergänzungswahl für die dritte Klasse der Gemeindevertretung findet Sonnabend, den 25. März, nachmittags von 5-7 Uhr, im Restaurant von Kiebusch, Hohereiche, statt. Der Kandidat ist der bisherige Vertreter, Gastwirt Genosse Otto Schumann. Die Parteigenossen werden ersucht, in ihren Betrieben für eine recht rege Wahlbeteiligung Sorge zu tragen.

Birkenwerder. Sonntag, den 26. März, vormittags von 11 bis 12 Uhr, findet für die dritte Klasse die regelmäßige Ergänzungswahl im Rathaus statt. Zu wählen sind zwei Gemeindevertreter. Kandidaten sind: Maurer Karl Fiedler und Schlosser Otto Krüger. Alle Wähler müssen bei Beginn der Wahl um 11 Uhr anwesend sein.

Wittenau-Vorflughöhe. Die regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung finden nächste Woche statt. Die dritte Abteilung wählt Mittwoch, den 29. März, von mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr, die zweite Abteilung Donnerstag, den 30. März, nachmittags von 4 bis 5 Uhr. Alle in der Wählerliste verzeichneten Wähler haben ihre Stimme im schuleigen Restaurant in Wittenau, Hauptstraße 58, abzugeben. In der dritten Abteilung ist ein Angelegener zu wählen für unseren verstorbenen Genossen Wittchow, während in den anderen Abteilungen die zu Wählenden nichtangefessene sein können. Mit Ende März scheiden außer unserem verstorbenen Genossen noch aus die Herren Dr. jur. Arthur Rosin und Eigentümer Karl Haack in der zweiten Abteilung und Direktor Felix Haenisch in der ersten Abteilung.

Niederschönhausen. Sonntag, den 26. März 1916, findet die Neuwahl zur 3. Abteilung statt: Kandidaten sind unsere Genossen: Eigentümer Friedrich Breitmann und Eigentümer Adolf Wölsche.

Zur Vornahme dieser Ergänzungswahlen werden unsere Genossen hiermit aufgefordert, am Sonntag von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr in der Turnhalle der ersten Volksschule Blankenburg Str. 71/72, ihrer Pflicht nachzukommen. Gewählt wird nach den alten Wählerlisten.

Wohndorf. Die Wahl zur Gemeindevertretung findet Freitag, den 31. März, abends von 5 bis 7 Uhr statt. Da es nicht möglich war, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, so haben Wahlkreis, Vorstand und Funktionäre einstimmig den Beschluß gefaßt, den bisherigen Vertreter, Genosse Paul Schiffe, Wuchhinder, wieder aufzustellen. Wir ersuchen die Parteigenossen, für die Wahl eine rege Propaganda zu entfalten. — Die Wählerlisten liegen auf dem Gemeindeamt bis 30. März aus, an den Wochentagen von 8-12 Uhr vormittags, am Sonntag von 9-10 Uhr.

Aus aller Welt.

Die notleidenden Landwirte.

Der „Volkswille“ in Hannover berichtete kürzlich über eine Versammlung wie folgt:

„Der Bauer verhungert zuletzt! Mit diesem alten Worte leitete kürzlich in einer Landwärtnerversammlung zu Hannover der Schriftsteller Dr. Voedecker aus Lehrte, ein über jeden Verdacht der Bauernfeindschaft erhabener Landwirt, einen Vortrag ein, in dem er die in der jetzigen Zeit besonders hohe Bedeutung der Landwärtner betonte.“

deutung der Landwärtner für die Volksernährung schilderte. Recht verlockend war es dabei auch, von dem Vortragenden, der offenbar in manchen ländlichen Kaufhaus und in manche bäuerliche Speisekammer geguckt hat, zu hören, wie reichlich sich unsere Bauern vorgefunden haben, um von den Entbehrungen der Kriegszeit nicht berührt zu werden. „Wer sonst“, erzählte der Redner, „jährlich 2 bis 4 Schweine schlachtete, leistet sich heute deren 6 bis 8 und dazu möglichst noch 'nen „Lüttjen Ochsen“, was man so 'nen Lüttjen Ochsen nennt.“ Das wird dann alles als Butir und sonstige Dauerware präpariert, und vor den Toren der Großstadt und draußen in der Heide gibt es ungezählte glückliche Bauern, die viele Hunderte wohlgefüllte Büchsen und Gläser in langen Reihen stehen haben und im Besitz solcher Schätze der Zukunft mit einer solchen „Burschigkeit“ entgegenblicken, während den notleidenden Städter ganz andere Gefühle befeelen. Dabei bleibt es nicht bei den Schweinereien und Rindfleisch- sowie Kalbs-, Hammel- und Geflügelpräparaten, sondern es kommen noch die Vorräte an Obst und Gemüse, endlich die reich gefüllten verschwiegenen Kartoffelmieten hinzu. Fürwahr, der Bauer verhungert zuletzt, und heute fühlt er sich ebendrei als Herr der Situation, aus seinem Stall erhofft die Masse der Konsumenten ihren Bedarf an Fleisch, Milch, Butter usw. Mit einer gewissen selbstverständlichen Bereitwilligkeit, aber mehr noch mit kühler zurückhaltender Ruhe steht der Bauer gegenüber den an ihn herantretenden Bürgern, deren Erfüllung immer neues gewichtiges Geld in seinem Kasten klingeln läßt.“

Wir geben diesen Auszug aus einer Versammlungsrede nur deshalb wieder, weil hier wieder einmal jemand, der uns als nicht bauernfeindlich vorgestellt wird, ein wenig aus der Schule plaudert, wie es um die angeblich notleidende Landwirtschaft bestellt ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ wird ja gewiß auch diesen unbedingten Zeugen abzuwimmeln suchen, aber ebenso wenig Glück damit haben wie in früheren Fällen.

Grubenexplosion in Oberschlesien.

20 Bergleute verunglückt.

Amlich wird aus Beuthen (Oberschlesien) gemeldet: Auf der Preuhengrube bei Niechowitz hat Mittwoch abend 6 Uhr auf der 620-Meter-Sohle Südfeld eine bisher noch nicht aufgeklärte Explosion stattgefunden. Durch ein teilweises Zubruchgehen der Strecke sind 20 Mann verunglückt. Bisher ist es gelungen, von den Verunglückten 11 Mann tot zu bergen. In der Gerauschung der übrigen 9 Mann wird fortgesetzt gearbeitet. Es ist leider nicht anzunehmen, daß diese 9 Mann noch am Leben sein werden. Die sonstigen Grubenbaue sind nur wenig in Mitleidenschaft gezogen; infolgedessen hat der Betrieb keine größere Störung erfahren. Bisher ist auf das bestimmteste festgestellt, daß das Grubenunglück nicht durch Schlagwetterexplosion hervorgerufen wurde. Die Ursache muß eine andere sein.

Ein Riesenbrand in Texas. Nach einer Reitermeldung sind in Paris (Texas) 30 Geschäfte einem Brande zum Opfer gefallen. Der Schaden beläuft sich auf 2 bis 3 Millionen Dollar. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht aufgeklärt werden.

Arbeiter-Kadefahrer-Bund „Solidarität“, Mitgliedhaft Berlin und umliegenden Ortschaften. Sonntag, den 26. März: Sämtliche Wohnungen nach Mäntgenal bei Busch, Restaurant Marx, Start 1 Uhr. — Freitag, den 31. März: Pflichttour sämtlicher Kadefahrer, abends 8 1/2 Uhr, an der Stralauer Brücke. — Auskunft über Ausfahrten und Bergfahrten erteilt Otto Hanel, Zentralfahrmarkt, Neudölln, Lichtertraber Str. 31.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 26. Heft vom 1. Band des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die ukrainische Frage. Von A. Stein. — Geld und Kapital in der Kriegswirtschaft. Von E. Varga (Budapest). — Die Konsumvereine und der Krieg. Von H. Fleißner. — Die Neuordnung der Welt. (Die Phantasie eines Großdeutschen.) Von Spectator. — Literarische Rundschau: Joseph Stencerni, Büchergeschäftliche Verbindung mit Deutschland. Von H. Hofrichter. — Briefkasten.

Die Donau als Verkehrsstraße der verbündeten Staaten. Zwei Vorträge von Ministerialrat E. v. Kossow. 22 S. Druckerei der Pester Hochschulgasse, Budapest.

Zeitschrift. Dalmatinischer Roman von A. Maderno. 350 M., geb. 4,50 M. E. Reiner Verlag, Dresden-Blasewitz.

Gemeinbau während des Krieges. Von R. Heßdörfer. 60 Pf. Verlag: J. Parey, Berlin SW 11.

Die Friedenswarte. Heft 3. Blätter für zwischenstaatliche Organisation. Herausgeber: Dr. H. G. Fried. Einzeln. 80 Pf. Verlagsanstalt Drei Rühl, Jülich.

München und das bayerische Hochland. Von H. v. Dönnl. 96 S. Verlag: Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs in München, München, Hauptbahnhof.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Dienstag, 3. IV. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Vordruck und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenstellung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. P. 18. Lassen Sie durch Ihre Mutter beim Magistrat unter Darlegung der Gründe einen Antrag auf Befreiung vom Schwarzgeld stellen. — G. P. 28. 1. und 2. Von dem Ruch des Mannes sind Sie verpflichtet die Hälfte an die Schlichterinnen abzurufen, die Bücherei gehört Ihnen im Voraus. 3. Ihr Gemann kann das Testament freihändig ausfertigen. Nähere Anleitung dazu erhalten Sie bei uns in der Sprechstunde. — Garenfeld 4. Ja; eventuell ist der Anspruch auf Entschädigung durch Klage beim Gewerbegericht geltend zu machen. — G. P. 20. 1. Die Eingabe ist an das Polizeirevier zu richten. 2. Wenn Sie als geprüfter Heilgehilfe firmieren wollen, müssen Sie das Originalzeugnis mit einreichen. — W. P. 19. 1. Aufstellung zu einem Testament erhalten Sie bei uns in der Sprechstunde. 2. Für Ihren Sohn steht Ihnen keine Unterstutzung zu. — M. P. 13. Wir halten die Herrschaft dazu für verpflichtet. — M. P. 1. Wenn ein solches Verbrechen tatsächlich gegeben worden ist, so hat die Tochter Anspruch auf Lohn. — M. P. 5. Ungenügend und Untaberknoten am Hinter; zurückgestellt. — G. P. C. 100. Norden von Unterhosenlegenschürzen; landsturmpflichtig. — B. G. C. Rein. Sie sind zur Zahlung der Miete verpflichtet. — G. P. D. 48. Erwirken Sie beim Amtsgericht einen Wändlungsbeschluß gegen den Arbeitgeber. — Fischer 123. 1. Räumigung kann erfolgen. 2. Schabenerlaganspruch können Sie deswegen nicht stellen. 3. Der Arzt ist nicht im Besitz der Akten und ist nicht verpflichtet, Ihnen gegenüber Auskunft zu erteilen.

Briefkasten der Expedition.

Parienten in Berlin, Buch und anderen Heftstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heftstätte bleiben, wollen ihrem bisherigen Expediteur wegen der Ueberweisung von Freigepostplätzen sofort ihre genaue Adresse (Abteilung, Postkasten usw.) einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Sehr kühl, vorwiegend trüb und neblig, mit mildernden Niederschlägen, hauptsächlich Schneefällen; in der Nacht zum Sonnabend an vielen Orten Frost.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Siegel & Co., Berlin SW.